

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

57. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 7. bis 10. Oktober 2011 in Bukarest, Rumänien

Inhaltsverzeichnis		
	Seite	
Teilnehmer der deutschen Delegation	1	<i>Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,</i>
Ablauf der Tagung	1	<i>Abgeordneter Ingo Gädechens (CDU/CSU),</i>
Politischer Ausschuss (PC)	1	<i>Abgeordneter Michael Groschek (SPD),</i>
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	5	<i>Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),</i>
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	12	<i>Abgeordnete Dr. h. c. Susanne Kastner (SPD),</i>
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	14	<i>Abgeordnete Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),</i>
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	17	<i>Abgeordneter Dietmar Nietan (SPD),</i>
Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)	19	<i>Abgeordneter Johannes Pflug (SPD),</i>
Plenarsitzung	21	<i>Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP).</i>
Entschließungen	26	Bundesrat:
Erklärung	31	<i>Minister Jörg Geibert (CDU), Thüringen.</i>
		Ablauf der Tagung
		Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 8. Oktober 2011, und am Sonntag, 9. Oktober 2011, statt. Das Plenum tagte am Montag, 10. Oktober 2011.
		Politischer Ausschuss (PC)
		Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 8. Oktober 2011, und am Sonntag, 9. Oktober 2011, unter dem Vorsitz der Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada).

Die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 7. bis 10. Oktober 2011 in Bukarest, Rumänien, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Ausschussberatungen standen die politische Lage in Afghanistan und Pakistan, die Demokratiebewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten, die Beziehungen der NATO zu China und zu Weißrussland und die Sicherheitslage im Nordkaukasus.

II. Vortrag von Teodor Baconschi, rumänischer Außenminister, zum Thema „Rumäniens Zukunftsvision für die NATO“

Minister **Teodor Baconschi** begann seinen Vortrag mit dem Hinweis, Rumänien werde voraussichtlich noch im

Jahr 2011 einen bilateralen Vertrag mit den Vereinigten Staaten über die Stationierung von Komponenten des geplanten Raketenabwehrsystems auf rumänischem Territorium ratifizieren. Auch das rumänische Parlament stimme diesem Vorhaben zu. Am Einsatz der Internationalen Streitkräfte zur Förderung der Sicherheit in Afghanistan (*International Security Assistance Force*, ISAF) beteilige sich Rumänien mit 1 900 Soldaten. Außerdem seien rumänische Polizisten an der Ausbildung der afghanischen Polizeikräfte beteiligt. Der Minister forderte die NATO-Verbündeten auf, gegebenenfalls Kosten, die durch den Rückzug von Truppen aus Afghanistan gespart würden, in den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte zu reinvestieren. Den Einsatz der NATO in Libyen bezeichnete er als Erfolg. Allerdings müssten die weiteren Entwicklungen in dem Land nun genau beobachtet werden. Es bedürfe auch besserer Frühwarnsysteme, um aufflackernde Konflikte früher erkennen zu können. Rumänien plädiere dafür, die Aufmerksamkeit außerdem auf die Schwarzmeerregion, den Kaukasus und die zentralasiatischen Staaten zu lenken, da diese Gebiete für die euroatlantische Sicherheit relevant seien. Angesichts zunehmender Haushaltsbeschränkungen seien die anstehenden Aufgaben nur gemeinsam zu lösen. Rumänien unterstütze daher sowohl eine engere Zusammenarbeit der NATO mit der Europäischen Union (EU) als auch den Ansatz der *smart defence*, der zu einer Lastenteilung unter den Bündnispartnern führen werde.

In der nachfolgenden Debatte bezogen sich mehrere Ausschussmitglieder auf die NATO-Politik der offenen Tür, auf die geplante Schaffung eines Raketenabwehrschirms in Europa sowie auf die politische Lage in Libyen, in der Republik Moldau und in der Ukraine. Minister **Teodor Baconschi** versicherte, Rumänien habe sich schon aufgrund seiner geografischen Lage zwischen NATO, EU, Russischer Föderation und Ukraine immer für eine Fortsetzung der Beitrittspolitik der NATO stark gemacht. Im Hinblick auf die Ukraine solle die NATO daher den Dialog aufrechterhalten, ohne von den hohen Standards der Beitrittsvoraussetzungen abzuweichen. In der Republik Moldau gebe es reformwillige Kräfte, und Rumänien sei sowohl im Rahmen der EU-Politik als auch der NATO-Politik zu einem verstärkten Dialog mit dem Land bereit. Im Hinblick auf die Unabhängigkeit des Kosovo bekräftigte der Minister die rumänische Position, Kosovo nicht anzuerkennen. Dabei handele es sich um eine rote Linie in der rumänischen Außenpolitik, die nicht überschritten werde. Trotzdem engagiere sich Rumänien im Rahmen der NATO-Mission im Kosovo (*Kosovo Force*, KFOR) und im Rahmen der EU-Rechtsstaatsmission EULEX für Stabilität in der Region.

III. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Afghanistan – der regionale Kontext“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter John Dyrby Paulsen (Dänemark)

Nachdem der Berichterstatter Abgeordneter **John Dyrby Paulsen** (Dänemark) seinen Bericht kurz vorgestellt

hatte, diskutierten die Ausschussmitglieder die mögliche Rolle der Türkei bei Verhandlungen mit den Taliban in Afghanistan, die vom afghanischen Präsidenten Hamid Karzai zum Ausdruck gebrachte Skepsis, ob die NATO in der Lage sein werde, die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung zu gewährleisten, und die Notwendigkeit einer besseren regionalen Zusammenarbeit unter Einbindung der regionalen Großmacht China. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) berichtete, während des Besuchs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ in China im September 2011 habe man den Eindruck gewonnen, China wolle mit der NATO in Afghanistan nicht zusammenarbeiten. Nach Auffassung Chinas habe die NATO in Afghanistan einen sehr schlechten Ruf und werde außerdem bis Ende 2014 aus dem Land abziehen. Für eine Zusammenarbeit werde daher keine Notwendigkeit gesehen. Außerdem wies der Abgeordnete auf die bevorstehende Afghanistan-Konferenz im Dezember 2011 in Bonn hin und forderte, alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Pakistan zu nutzen. Der Berichterstatter, Abgeordneter **John Dyrby Paulsen**, gab zu, konkrete Erkenntnisse über eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und Pakistan gebe es nicht. Der afghanische Präsident müsse jedoch auch viele verschiedene Interessen ausbalancieren und sei daher in einer schwierigen Position, auch wenn man sich von ihm mehr Gradlinigkeit wünschen könne. Immerhin habe er im Hinblick auf eine gute Regierungsführung einige positive Ergebnisse erzielt.

In weiteren Wortbeiträgen betonten Ausschussmitglieder insbesondere die Rolle des Iran und Indiens in der Region und nahmen Bezug auf den Staatsbesuch von Präsident Hamid Karzai in Indien im Oktober 2011. Der Abgeordnete John Dyrby Paulsen meinte, die Verständigung zwischen Indien und Afghanistan könne, wenn sie transparent weiterentwickelt werde, langfristig gesehen zu besserer Kooperation in der Region beitragen. Die Haltung des Iran sei grundsätzlich konstruktiv. Es sei deshalb empfehlenswert, die Konfliktpunkte mit dem Iran, insbesondere die mögliche Entwicklung von Atomwaffen, von der Afghanistan-Frage abzukoppeln, um Iran in der Region positiv engagiert zu halten. Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

IV. Vortrag von Nawabzada M. Amad Khan, Mitglied der pakistanischen Nationalversammlung und früherer Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, zum Thema „Die aktuelle Situation in Pakistan“

Der Abgeordnete **Nawabzada M. Amad Khan** (Pakistan) versicherte den Ausschussmitgliedern, Pakistan tue alles Mögliche zur Bekämpfung des Terrorismus, der Pakistan selbst mit am meisten schädige. So hätten aufgrund des andauernden Konfliktes schätzungsweise bereits 5 000 pakistanische Soldaten und 35 000 Zivilisten ihr Leben verloren. Da der Krieg in Afghanistan jedoch bei der pakistanischen Bevölkerung ausgesprochen unpopulär sei, sei es problematisch für die demokratisch gewählte pakistanische Regierung, mit der NATO zusammen zu arbeiten. Insofern sei es willkommen, wenn die

internationale Gemeinschaft dazu beitrage, die pakistanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sich der Krieg nicht gegen sie richte, und auch die Opfer anerkenne, die Pakistan bringe. Zudem habe Pakistan bereits 150 000 Soldaten zur Terrorismusbekämpfung im Einsatz und 70 Prozent des Nachschubs der ISAF-Truppen würden über pakistanisches Territorium transportiert. Allerdings reichten die Mittel, die die internationale Gemeinschaft zur Verfügung stelle, nicht aus, um die Kosten zu decken, so dass diese Maßnahmen die pakistanische Volkswirtschaft belasteten. Die Naturkatastrophen der letzten Jahre destabilisierten die Regierung zusätzlich, zumal es Terrorgruppen gelungen sei, vor den staatlichen Stellen in Katastrophengebieten einzutreffen und dort Hilfe zu leisten. Pakistan sei nicht an einer schwachen afghanischen Regierung interessiert und unterhalte gute Kontakte zum afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, die zunehmend zu militärischer und geheimdienstlicher Zusammenarbeit führten. Pakistan vertrete die Auffassung, dass der afghanische Friedensprozess durch die Afghanen selbst und auf ihre Weise entwickelt werden müsse. Im Hinblick auf den Aufenthalt Osama bin Ladsens im Land habe Pakistan das Versagen staatlicher Institutionen zugegeben. Die Aufgaben der Sicherheitskräfte hätten sich in den letzten Jahren durch den Konflikt in Afghanistan erheblich ausgeweitet. Pakistan sei aber ein Entwicklungsland, habe kein Geld, und könne die Erwartungen nicht immer erfüllen. Indien verursache ein Sicherheitsungleichgewicht in der Region. Indiens Engagement in Afghanistan erfülle Pakistan daher mit Sorge. Außerdem könne der Abschluss bilateraler Verträge mit Indien zur Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Nukleartechnologie durch eine wachsende Zahl von Staaten zu einer nuklearen Aufrüstung der Region führen. Ein neuer Krieg zwischen Indien und Pakistan sei nicht wahrscheinlich, aber auch nicht ausgeschlossen.

Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) dankte für den Vortrag und bezeichnete es als sehr gewinnbringend, einen Parlamentarier als Diskussionspartner zur Verfügung zu haben, da dadurch die Debatte offener geführt werden könne als mit einem Regierungsvertreter. So habe die internationale Gemeinschaft den Eindruck gewonnen, dass Pakistan im Hinblick auf den Afghanistankonflikt nicht nur Opfer, sondern auch Akteur sei. Jedenfalls sei der Ruf Pakistans im Hinblick auf die Frage, wie ernst Pakistan die Terrorbekämpfung nehme, beschädigt. Es sei unerklärlich, wie Osama bin Laden so lange unbehelligt in Pakistan habe leben können. Auch wenn der Kaschmirkonflikt ein ungelöstes Problem bleibe, stelle sich die Frage, ob Indien heute wirklich noch eine militärische Gefahr für Pakistan darstelle. China habe als Konkurrent Indiens traditionell eine enge Beziehung zu Pakistan, auch in China gebe es inzwischen aber eine Pakistankritische Haltung und es werde gefragt, ob Pakistan möglicherweise auch Terroristen ausbilde, die in China Anschläge begehen könnten. Der Abgeordnete **Nawabzada M. Amad Khan** gab zu, Pakistan sei von einer militärischen Bedrohung durch Indien besessen, wies die Verantwortung dafür aber zumindest teilweise der Rüstungspolitik Indiens zu, das verstärkt in Panzer investiere, die

Pakistan gefährden könnten. Der Kaschmirkonflikt werde durch eine Kriegsrhetorik auf beiden Seiten angeheizt. Pakistan wolle den Dialog mit Indien über untergeordnete Fragen zur Kaschmirregion fortsetzen, beispielsweise im Hinblick auf Wasserrechte. Dies könne möglicherweise irgendwann den Weg zu einer umfassenden Regelung ebnen.

Auf die Vorwürfe von Ausschussmitgliedern, Teile des pakistanischen Sicherheitsapparates arbeiteten mit Terrorgruppen zusammen, erwiderte er, die pakistanische Regierung kooperiere nach wie vor mit der NATO und mit den Regierungen der Mitgliedstaaten und habe mehrfach zur Verhaftung von Terroristen oder zur Vereitelung von Anschlägen in NATO-Mitgliedstaaten beigetragen. Die Frage der Religionsschulen sei in Pakistan höchst umstritten. Die Regierung müsse daher behutsam vorgehen. Sie tue aber was sie könne. Wichtig sei jedoch, den Terrorgruppen die Möglichkeiten zur Finanzierung und zur Anwerbung neuer Anhänger zu entziehen. Da die durchlässige Grenze zu Afghanistan die Arbeit der Sicherheitskräfte sehr erschwere, könne außerdem die Bereitstellung zusätzlicher Überwachungsausrüstung durch die NATO-Mitgliedstaaten sehr hilfreich sein.

V. Beratung des Generalberichtsentwurfes zum Thema „Der Aufstieg Chinas und mögliche Auswirkungen auf die NATO“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Assen Agov (Bulgarien)

Nachdem der Generalberichterstatter seinen Bericht kurz vorgestellt hatte, formulierten Ausschussmitglieder Fragen zur sozialen Ungleichheit in China, zu den Beziehungen zwischen der NATO und China und zum chinesischen Engagement in Afghanistan. Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Assen Agov** (Bulgarien) bestätigte, trotz seiner Wirtschaftskraft und seines wachsenden außenpolitischen Einflusses habe China sehr mit sozialer Ungleichheit im Inland zu kämpfen. Zudem spiele das Land seine militärische Kompetenz herunter. Punktuell gebe es eine gute Zusammenarbeit zwischen der NATO und China, zum Beispiel beim Vorgehen gegen Piraterie, insgesamt bleibe China aber der NATO gegenüber skeptisch. Es sei deshalb sehr unwahrscheinlich, dass sich die chinesische Volksbefreiungsarmee in Afghanistan engagieren werde. Der Generalberichterstatter befürwortete jedoch eine Fortsetzung des offenen Dialogs zwischen der NATO und China, aber auch die Überwachung der innen- und außenpolitischen Entwicklungen. Der Berichtsentwurf wurde mit wenigen Änderungen angenommen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Weißrussland – ein schwieriger Partner“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Daniel Bacquelaire (Belgien)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Daniel Bacquelaire** (Belgien) bezeichnete Weißrussland als relevant für die europäische Stabilität, da es geografisch sowohl an die

EU als auch an Russland angrenze. Für Energielieferungen von Russland nach Europa sei Weißrussland ein wichtiger strategischer Partner. Die Wahl von Alexander Lukaschenko zum Präsidenten des Landes im Dezember 2010 sei zwar als undemokratisch gewertet worden, der Präsident sei jedoch unangefochten. Er habe bereits die Begrenzung der Wiederwählbarkeit aufgehoben und unterdrücke die Opposition in brutaler Weise. Ein großes Problem sei auch die Korruption. Vermutlich versuche Weißrussland, über Waffenlieferungen, beispielsweise an den Sudan, seine Exportbilanz zu verbessern. Verstöße gegen Waffenhandelsbeschränkungen seien jedoch schwer nachweisbar. Weißrussland exportiere etwa ein Drittel seiner Exportgüter nach Russland. Bis zum Jahr 2013 solle zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan eine Freihandelszone entstehen. Allerdings sei das Verhältnis zu Russland seit der Georgienkrise im Jahr 2008, in der Weißrussland die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens nicht habe anerkennen wollen, belastet. Die weißrussische Bevölkerung präferiere inzwischen eine EU-Annäherung gegenüber einer Bindung an Russland. Die Beziehungen der NATO zu Weißrussland seien derzeit sehr ambivalent, obwohl Weißrussland noch immer über das Programm Partnerschaft für den Frieden mit der NATO zusammenarbeite und sich auch am ISAF-Einsatz in Afghanistan beteilige. Die NATO wolle den Dialog fördern, anstatt Weißrussland völlig zu isolieren, fordere aber weiter politische Reformen. Kontakte auf parlamentarischer Ebene seien mangels eines frei gewählten Parlaments derzeit nicht möglich. Die NATO PV könne sich aber um Kontakte in die Zivilbevölkerung Weißrusslands bemühen.

In der Debatte warfen Ausschussmitglieder die Frage auf, wie das Regime in Weißrussland zu politischen Reformen gedrängt werden könne. Dabei wurde die Meinung vertreten, die andauernde Wirtschaftskrise könne Weißrussland zur Kooperation mit dem Westen zwingen. Auch die Frage, ob Russland politische Reformen in Weißrussland befördern könne, wurde in den Raum gestellt. Mehrere Debattenteilnehmer waren sich darüber einig, dass ein einheitliches Vorgehen der westlichen Staaten, insbesondere der EU und der NATO, gegenüber Weißrussland unabdingbar sei, und dass Kontakte in die weißrussische Opposition und Zivilgesellschaft dabei hilfreich seien. Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

VII. Vortrag von Aude Merlin, Professorin an der Freien Universität Brüssel, zum Thema „Stabilität und Sicherheit im Nordkaukasus“

Professorin Aude Merlin begann ihren Vortrag mit der Einschätzung, Instabilität und Unsicherheit im Nordkaukasus nähmen zu, insbesondere in der Teilrepublik Dagestan, wo die Gewaltspirale nur noch schwer zu stoppen sei. Der Zerfall der Sowjetunion 1991, die Gründung unabhängiger Staaten im Südkaukasus und die steigende Anzahl separatistischer Attentate gegen Russland hätten zu dem Eindruck beigetragen, Russland verliere die Kontrolle über den Nordkaukasus. Der Tschetschenienkonflikt allein reiche als Begründung für die zunehmende Gewalt nicht

aus. In Russland werde daher immer öfter die Haltung vertreten, den nordkaukasischen Republiken solle die volle Unabhängigkeit zugestanden werden. Zur Gewaltentwicklung in der Region erklärte sie, in den Jahren 2004 und 2005 hätten sich geheime islamistische Strukturen gebildet, aus denen heraus Attentate gegen lokale Regierungsvertreter und Parlamentarier ausgeführt worden seien. Die islamistische Gewalt habe sich ausgebreitet, und die auch in Tschetschenien angewandte Strategie Moskaus, die Lösung des Problems an Lokalverantwortliche zu delegieren, habe zur Stärkung autoritärer Regime in der Region geführt. Anstrengungen, die Lage zu stabilisieren, würden durch Korruption, Wirtschaftskriminalität, Demokratiedefizit und die Herrschaft von *warlords* unterminiert. Die russische Regierung habe eine „Nordkaukasusstrategie 2025“ verabschiedet, die auf Wirtschaftsentwicklung und Korruptionsbekämpfung ziele. Die Umsetzung dieser Strategie könne aber an der negativen Stimmung in der russischen Bevölkerung gegenüber der Region scheitern. Rassismus gegen Kaukasier sei in Russland auf dem Vormarsch und russische Nationalisten demonstrierten in Moskau gegen den Nordkaukasus.

In der Debatte erkundigte sich der Abgeordnete **Michael Gates** (Vereinigte Staaten), ob der Konflikt im Nordkaukasus neuen Raum für Al-Qaida schaffen könne. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) fragte nach einem möglichen Zusammenhang zwischen der Unabhängigkeitsbewegung in Tschetschenien und dem Terrorismus in der Region und erkundigte sich, ob es den Versuch gebe, auf regionaler Ebene politisch zusammenzuarbeiten. Nach Auskunft von **Professorin Aude Merlin** gebe es bisher keine Anhaltspunkte für die Anwesenheit nordkaukasischer Terroristen in Afghanistan. Nach Meinung von Experten könne sich der Konflikt jedoch ausweiten und ein Export des Terrorismus aus dem Nordkaukasus sei denkbar. Sie schilderte die Entwicklung des Tschetschenienkonflikts, der um 1990 herum begonnen habe. Tschetschenien habe wie andere frühere Sowjetrepubliken die Unabhängigkeit angestrebt, Verhandlungen mit der Zentralmacht Russland hätten jedoch nicht zur Unabhängigkeit, sondern in den bewaffneten Konflikt geführt. Ansätze regionaler Zusammenarbeit gebe es bisher im Nordkaukasus nicht.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfs der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten über „Auswirkung der Erhebungen in der Region Naher Osten und Nordafrika“, vorgelegt vom Berichterstatter Senator Antonio Cabras (Italien)

Der Berichterstatter Senator **Antonio Cabras** (Italien) erinnerte daran, dass die Perspektivlosigkeit junger Leute in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens bereits vor Ausbruch des Arabischen Frühlings im Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft präsent gewesen sei. Seit Beginn der Bewegung hätten die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten wiederholt ihre Unterstützung eines friedlichen Transformationsprozesses erklärt. Ob dieser gelänge, hinge vor allem vom Verhalten der Armeen in den jeweiligen Ländern ab. Inzwischen sei Europa zuneh-

mend durch den Arabischen Frühling betroffen, vor allem im Hinblick auf die anhaltenden Flüchtlingsströme. Die politischen Umwälzungen in einigen Ländern der Region verlangsamten dort zudem die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.

In ihren Debattenbeiträgen gingen Ausschussmitglieder auf die Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf den Nahostkonflikt, eine mögliche Rolle der NATO in der Region und die Konsequenzen für die Mittelmeerpolitik der EU ein. Der Berichterstatter erklärte sich bereit, einen Absatz über die Beziehungen der Palästinenser zu den Vereinten Nationen (VN) in den Bericht aufzunehmen. Er vertrat ebenfalls die Haltung, die NATO solle sich mit den Entwicklungen in der Region auseinandersetzen und ihre Agenda entsprechend anpassen. Auch die EU müsse ihre Mittelmeerpolitik weiterentwickeln und das dafür zur Verfügung stehende Budget aufstocken. Die Staaten, die sich jetzt im Transformationsprozess befänden, müssten auf dem Weg zur Schaffung stabiler demokratischer Gesellschaften noch viele Herausforderungen bewältigen. Die Verabschiedung des Berichts war für die nächste Sitzung der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten im November 2011 geplant.

IX. Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Der politische Wandel im Nahen Osten und in Nordafrika“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Assen Agov (Bulgarien)

Der Abgeordnete **Assen Agov** (Bulgarien) bezeichnete den Arabischen Frühling als die wichtigste Entwicklung des Jahres 2011. Nordafrika und der Nahe Osten seien Nachbarregionen des NATO-Raums und daher von großer Bedeutung. Er erinnerte daran, dass die Führer der Regime, die jetzt bekämpft würden, vor Jahrzehnten zum Teil als Revolutionäre die Macht in ihren Ländern übernommen und Hoffnungen auf Befreiung geschürt hätten. Dann hätten sie oft 30 bis 40 Jahre lang diktatorisch regiert. Die Tapferkeit der Menschen, die diese Regime nun gestürzt hätten oder noch zu stürzen versuchten, müsse gewürdigt werden. Nach der Befassung der eingebrachten zwölf Änderungsanträge wurde der Entschließungsentwurf mit zahlreichen Änderungen angenommen.

X. Personalien

Alle zur Wiederwahl zugelassenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt. Neu gewählt wurden die Abgeordnete **Marit Nybakk** (Norwegen) als Vorsitzende und die Abgeordnete **Allyson Schwartz** (Vereinigte Staaten) als stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“. Für den Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ wurden der Abgeordnete **Dobroslav Dimitrov** (Bulgarien) und der Abgeordnete **Sever Voinescu-Cotoi** (Rumänien) jeweils zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

XI. Geplante Aktivitäten im Jahr 2012

Der scheidende Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland), und der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, Senator **Sergio De Gregorio** (Italien), stellten die für das Jahr 2012 geplanten Aktivitäten ihrer Unterausschüsse vor. Die Entscheidung, ob der Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ in die Vereinigten Staaten oder in den Irak reisen werde, wurde auf die nächste Sitzung des Politischen Ausschusses vertagt.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 8. Oktober 2011, und am Sonntag, 9. Oktober 2011, unter dem Vorsitz von Senator **Joseph A. Day** (Kanada).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die euroatlantische Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr sowie die Auswirkungen der Operation *Unified Protector* und die Unterstützung des libyschen Volkes. Im Zusammenhang mit der Raketenabwehr wurden auch der rumänische Ansatz und die Überprüfung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO erörtert. Weiterhin wurden der Übergang in Afghanistan sowie NATO-Operationen im Rahmen des neuen Strategischen Konzepts und die EU als Partner bei Operationen diskutiert.

II. Vortrag von Staatssekretär Bogdan Aurescu, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Rumänien, zum Thema „Euroatlantische Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr: der rumänische Ansatz“

Zu Beginn seines Vortrags rief Staatssekretär **Bogdan Aurescu** in Erinnerung, dass Rumänien und die Vereinigten Staaten am 13. September 2011 in Washington ein Abkommen über die Aufstellung von US-Abwehrraketen in Rumänien unterzeichnet hätten, mit dem die strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern bekräftigt worden sei. Jüngste Studien zeigten, dass Rumänien aufgrund seiner geografischen Lage zunehmend von Kurz- und Mittelstreckenraketen bedroht sei. Wenn man das Proliferationsrisiko berücksichtige, sei sogar der ganze euroatlantische Raum entsprechend gefährdet. Rumänien teile mit den anderen Verbündeten eine gemeinsame Sicht über den Umgang mit der von ballistischen Raketen ausgehenden Bedrohung. Als Staat an der Grenze der euroatlantischen Gemeinschaft sei es für Rumänien lebenswichtig, die Bemühungen der Verbündeten zu unterstützen und eine Antwort auf die neuen Bedrohungen zu geben. Ziel der Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr in der NATO müsse ein in der Verteidigung und Abschreckung starkes Raketenabwehrsystem der Allianz sein, bei dem die Sicherheitsbedürfnisse aller Alliierten angemessen berücksichtigt seien. Insofern sei das Abkommen zwischen Rumänien und den Vereinigten

Staaten nicht nur für die strategischen Beziehungen der beiden Länder wichtig, sondern auch für den Aufbau einer NATO-Fähigkeit zur Raketenabwehr, für die der Stützpunkt Deveselu in Rumänien ein besonders wertvoller Beitrag sein werde. In dem Abkommen werde der rein defensive Charakter des Systems betont, das nicht gegen die VN-Charta verstoße und sich nicht gegen irgendein Land richte. Auch technisch gesehen sei ein offensiver Einsatz ausgeschlossen, und die Abfangraketen seien ausschließlich nicht-atomar. Das Abkommen regle die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien bei der Stationierung von Elementen des Raketenabwehrsystems im Stützpunkt Deveselu. So behalte Rumänien die staatliche Hoheit über den Stützpunkt, während ausschließlich die Vereinigten Staaten das Kommando und die Kontrolle über das System auf dem Stützpunkt hätten. Es seien umfassende Konsultationen zwischen den Vertragsparteien vereinbart worden sowie Standards für den Schutz von Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, die Koordinierung mit den örtlichen Behörden und Haftungsfragen. Die Vereinigten Staaten hätten sich zur Übernahme aller Kosten verpflichtet, die mit dem Bau der Einrichtung, den Abwehrraketen, der Stationierung, dem Betrieb und der Wartung des Systems zusammenhängen. Mit der Inbetriebnahme des Systems werde nicht nur die Sicherheit Rumäniens erheblich verbessert, sondern auch die Sicherheit der Nachbarländer, das heiße Rumäniens Beteiligung an dem Projekt sei für die ganze Region von Bedeutung. Die Raketenabwehr sei eine großartige Möglichkeit, die Beziehungen zu interessierten Partnern voranzubringen. Der NATO-Russland-Rat sei das geeignete Forum zur Diskussion über die Raketenabwehr, dürfe dort aber nicht das einzige Thema sein, denn Fortschritte bei der Zusammenarbeit müsse es auf möglichst vielen Gebieten geben. Im Ergebnis werde die Raketenabwehr die Welt sicherer machen.

In der anschließenden Diskussion äußerte der Abgeordnete **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis Rumäniens und das privilegierte Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Das Raketenabwehrsystem bringe aber nichts, weil Fachleuten zufolge drei Viertel der Raketen nicht abgefangen werden könnten, die Aggression durch das System möglicherweise noch gefördert werde und die Mittel vielmehr für Waffensysteme zur Reaktion auf asymmetrische Bedrohungen benötigt würden. Der Abgeordnete **Ziyafat Asgarov** (Aserbaidschan) erkundigte sich, ob es um ein europäisches System gehe oder um eine europäische Komponente des Systems der Vereinigten Staaten. Außerdem stelle sich die Frage, auf welcher Basis das Abkommen geschlossen worden sei und welche weiteren Beiträge Rumänien zur Raketenabwehr leisten werde. Ein Abgeordneter aus der Ukraine fragte nach, aus welcher Richtung Rumänien eine Bedrohung erwarte. Er meinte, die geplante Stationierung von 150 Mitgliedern der US-amerikanischen Streitkräfte in Rumänien werde Auswirkungen auf den gesamten Schwarzmeerraum haben. Ein Abgeordneter aus Italien wollte wissen, ob sich die Beziehungen zwischen NATO und Russischer Föderation nach der Einführung des Systems positiv entwickeln könnten. **Bogdan Aurescu** wiederholte, das System sei

eine Antwort auf die von Kurz- und Mittelstreckenraketen ausgehende Bedrohung. Es gehe sowohl um den Schutz des Territoriums, als auch um die Solidarität. Wichtig sei die richtige Mischung aus Raketenabwehrsystem und weiteren Bündnisfähigkeiten. Neben den technischen Garantien seien die Angebote an Russland zur Zusammenarbeit wichtig – ausgehend von der gemeinsamen Bewertung der Bedrohungen im NATO-Russland-Rat. Die Gespräche mit der Russischen Föderation würden hoffentlich bis zum NATO-Gipfel in Chicago im Mai 2012 zur Klärung der Systemfrage führen. Rumänien trage gerne dazu bei, die Beziehungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation weiter zu verbessern. Über Wünsche zur Nutzung der Raketenabwehr könne man auch mit der Ukraine sprechen. Im Übrigen gebe es auf der Krim bereits umfangreichere Stationierungen von Streitkräften als die für Deveselu vorgesehenen 150 Kräfte, die insofern die Stabilität der Schwarzmeerregion nicht gefährdeten. Senator **Teodor Viorel Melescanu** (Rumänien) ergänzte, das System werde einen amerikanischen und einen europäischen Beitrag haben. Es werde ein kooperatives System sein, in dem der Austausch mit Russland möglich sei. Im Übrigen werde das System nicht die Lösung aller Probleme sein, aber es sei ein wichtiger Beitrag. Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) stellte abschließend klar, dass es um den Schutz militärischer Einrichtungen und der eigenen Bevölkerung vor Raketen gehe, nicht um eine territoriale Autorität oder technologische Teilung. Russland sei eingeladen, dabei eine Rolle zu spielen. In Bezug auf die weiteren Fragen verweise er auf den Bericht des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zur Raketenabwehr.

III. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Raketenabwehr: Der zukünftige Weg der NATO“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Raymond Knops (Niederlande) sowie Vortrag von Dr. Bradley Roberts, Deputy Assistant Secretary of Defense for Nuclear and Missile Defense Policy, Verteidigungsministerium, Vereinigte Staaten, zum Thema „Umfassende Überprüfung des NATO-Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs“

Der Berichterstatter Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande) erinnerte an die Diskussion über den ersten Berichtsentwurf im Mai 2011 in Varna. Auf der Grundlage der dortigen Anmerkungen und Beiträge habe er einige Änderungen vorgenommen und dem Ausschuss eine aktualisierte Fassung des Berichtsentwurfs vorgelegt. Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsländer hätten die Raketenabwehr beim Gipfeltreffen im November 2010 in Lissabon mit Blick auf die wachsende Bedrohung, die von der Proliferation von Raketen ausgehe, zu einem Kernstück des kollektiven Verteidigungsauftrags der NATO gemacht und zugleich beschlossen, Russland nach Möglichkeit in die Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr einzubinden. In Lissabon sei zudem die Über-

prüfung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs beschlossen worden, auf die der Bericht nun in einem zusätzlichen Abschnitt eingehe. Zu berücksichtigen seien auch die jüngsten Entscheidungen über die nationalen Beiträge der Türkei, Rumäniens, Polens, Spaniens und der Niederlande, die zeigten, dass die Vereinbarungen zur Raketenabwehr mit Leben gefüllt würden. Ein Test unter Beteiligung amerikanischer, niederländischer und deutscher Einheiten Ende August 2011, bei dem ein Angriff mit ballistischen Raketen simuliert worden sei, habe gezeigt, dass der US-Stufenplan mit europäischen Systemen funktionieren könne. Die Vorstellungen der NATO und Russlands zur Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr lägen zwar heute noch weit auseinander, aber ein Durchbruch in den Verhandlungen sei nötig und mit Kompromissen auch möglich. Allerdings fordere Russland weiter rechtsverbindliche Garantien, nicht Ziel des Raketenabwehrsystems zu sein. Es sei jedoch notwendig, zwei getrennte Systeme der NATO und Russlands zu entwickeln, weil die Sicherheit der Verbündeten nicht in der Hand eines Nichtmitglieds liegen könne. Politische Zusicherungen gegenüber Russland seien aber denkbar und könnten zu einem Durchbruch beitragen, wenn zum Beispiel über einen Datenaustausch, Frühwarnung, Bedrohungsanalysen und gemeinsame Übungen volle Transparenz geschaffen werde. Im Ergebnis könnten der Aufbau eines Raketenabwehrsystems der NATO sowie die mit Russland durch ein solches System zu entwickelnden Verbindungen auch konkrete Schritte zur Schaffung der Bedingungen für eine atomwaffenfreie Welt sein. Dies sei gerade in einer Zeit wichtig, in der Kürzungen in den nationalen Verteidigungshaushalten vor allem Auswirkungen auf die konventionellen Streitkräfte hätten, so dass die Abhängigkeit von Atomwaffen dadurch wachsen könne, obwohl dies niemand wolle.

Dr. Bradley Roberts erklärte daran anknüpfend, die Allianz werde atomare Fähigkeiten behalten, solange es Atomwaffen gebe, auch wenn eine atomwaffenfreie Welt angestrebt werde. Die Raketenabwehr könne ein Beitrag zur Reduzierung der Rolle von Atomwaffen sein, diese aber nicht völlig eliminieren. Mit Blick auf Iran und Nordkorea bleibe schließlich eine wirksame Abschreckung wichtig. Deshalb müsse das Verhältnis von atomaren und konventionellen Fähigkeiten ausgewogen sein. Insofern gehe es bei der umfassenden Überprüfung des NATO-Abschreckungsdispositivs um eine Antwort auf die Frage, mit welcher Mischung konkreter Mittel und Fähigkeiten die Sicherheit der Allianz im 21. Jahrhundert gewährleistet werden könne. Unterschiedliche Ansichten darüber gebe es nicht nur zwischen einzelnen Ländern, sondern auch innerhalb eines Landes. Nachdem die erste Phase des Überprüfungsprozesses soeben abgeschlossen worden sei, in der das Problem identifiziert und das Sicherheitsumfeld diskutiert worden seien, habe der NATO-Rat nun drei Expertenausschüsse mit der technischen Beratung und Expertise beauftragt. Im Dezember 2011 solle es einen ersten Beitrag für die NATO-Außenminister geben, im Februar 2012 für die NATO-Verteidigungsminister. Mit den politischen Vorgaben werde sich dann der Nordatlantikrat beschäftigen. Das Ziel seien entsprechende Schlussfolgerungen beim NATO-Gipfeltreffen im Mai 2012 in den

Vereinigten Staaten. Im Ergebnis werde beispielsweise die Nukleare Planungsgruppe ihre Planung aktualisieren müssen. Die strategischen Atomwaffen müssten schon aus finanziellen Gründen reduziert werden, aber offen sei derzeit noch, wie viele tatsächlich erforderlich seien. Es gehe auch um die zukünftige Rolle der nicht-strategischen Atomwaffen der Vereinigten Staaten in Europa. Einseitige Veränderungen seien hier mit Blick auf andernfalls drohende Instabilität in Europa jedoch nicht sinnvoll. Russland müsse deshalb gleichzeitig Schritte einleiten und könne seitens der Vereinigten Staaten keine Vorleistung erwarten. Die Chance zur Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr solle Russland jedenfalls nutzen. Der Aufbau einer ballistischen Raketenabwehr nach dem Stufenplan zeige, dass die NATO es mit der Verteidigung ernst meine, und dies sei auch ein wichtiges Signal mit Blick auf Nordostasien.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion über beide Beiträge stand die Frage, inwiefern das geplante Raketenabwehrsystem tatsächlich als rein defensiver Mechanismus wahrgenommen werde und ein Beitrag zu einer Reduzierung des atomaren Arsenalen sein könne und wie die Kommando- und Kontrollstruktur des Raketenabwehrsystems ausgestaltet werde. In diesem Zusammenhang erkundigte sich der Abgeordnete **Michael Groschek** (Deutschland), ob eine geteilte Kommandostruktur für die Vereinigten Staaten vorstellbar sei und inwiefern die Vereinigten Staaten im Rahmen der nuklearen Teilhabe einen europäischen Beitrag zur Modernisierung der in Europa stationierten Atomwaffen erwarteten. Es stelle sich die Frage, was erreicht werden müsse, damit man dem Ziel der atomaren Abrüstung näher kommen könne. Kritisch sei im Berichtsentwurf der Absatz zur Diskussion mit Russland über Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, bei denen Zusammenhalt und Solidarität der NATO dem Berichterstatter zufolge weiter Vorrang vor der nützlichen, letztendlich jedoch nicht wesentlichen Beteiligung Russlands am Raketenabwehrsystem haben sollten. Außerdem werde es als nicht sicher bezeichnet, dass Fortschritte bei der Kooperation mit Russland auf dem Gebiet der Raketenabwehr erfolgreiche Schritte bei der Atomwaffenkontrolle garantieren würden. Die russische Delegation habe ihr Fernbleiben bei dieser Debatte unter Hinweis auf andere terminliche Verpflichtungen ausdrücklich entschuldigen lassen, damit keine unzutreffenden Schlussfolgerungen daraus gezogen würden. Berichterstatter Abgeordneter **Raymond Knops** kündigte an, im Lichte der Debatte den Berichtsentwurf zu aktualisieren, der daraufhin einvernehmlich angenommen wurde.

IV. Vortrag von Generalleutnant Dr. Stefan Danila, Generalstabschef, Rumänien, zum Thema „Rumäniens Beitrag zu Einsätzen der NATO und die Reform der rumänischen Streitkräfte“

Generalleutnant **Dr. Stefan Danila** eröffnete seinen Vortrag mit dem Verweis auf die strategisch wichtige Lage Rumäniens in Südosteuropa. Das Land trage Verantwortung in der regionalen und der internationalen Sicherheits-

politik. Mit den Reformen der rumänischen Streitkräfte vor dem Hintergrund des veränderten internationalen Sicherheitsumfelds sollten die Fähigkeiten zur Förderung und zum Schutz der nationalen Interessen sowie der eingegangenen Verpflichtungen gewährleistet werden. Ziel sei eine moderne, professionelle, flexible Streitkräftestruktur mit im Sinne der Einsatzfähigkeit gut ausgebildeten und ausgerüsteten Kräften. Während der Personalabbau bereits 1990 begonnen habe, seien die wesentlichen Anpassungen 2005 bis 2007 durchgeführt worden, um nach dem NATO-Beitritt des Landes im Jahr 2004 die Voraussetzungen für die Interoperabilität zur Mitwirkung bei Einsätzen des Bündnisses zu schaffen, die bis 2025 vollständig sichergestellt sein solle. 2007 habe Rumänien außerdem die Wehrpflicht abgeschafft. Rumänien habe trotz finanzieller Schwierigkeiten sein strategisches Profil durch die Beteiligung an vielen internationalen Einsätzen gestärkt, unter anderem in Afghanistan, auf dem westlichen Balkan und im Mittelmeerraum. Rumäniens Engagement bei KFOR dürfe allerdings nicht als indirekte Anerkennung des Kosovo gewertet werden, sondern sei lediglich ein Beitrag zur regionalen Stabilität. Insgesamt seien mehr als 2 000 rumänische Soldaten in Auslandseinsätzen. Das Land habe damit seine Leistungsgrenze erreicht. Die Zusammenarbeit von NATO und EU halte Rumänien für wichtig, um die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen. Rumänien spreche sich für eine noch engere Zusammenarbeit im Sinne von *smart defence* aus, ohne die eigene Souveränität dabei in Frage zu stellen. Die nationalen Interessen müssten mit den Interessen des Bündnisses in Einklang gebracht werden. Wichtig sei eine umfassende und flexible Vision. Die Reformen der rumänischen Streitkräfte seien jedenfalls auf die Umgestaltung des Bündnisses zugeschnitten. Auf die Frage eines ukrainischen Abgeordneten nach der Zusammenarbeit mit Nachbarländern, die nicht Mitglied von NATO und EU seien, antwortete **Dr. Stefan Danila**, Rumänien arbeite unter anderem mit der Ukraine und Serbien gut zusammen.

V. Verbleibende Aktivitäten im Jahr 2011 und vorläufige Planung für 2012

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) berichtete von dem Besuch einer von ihm gemeinsam mit dem Abgeordneten Dr. Rainer Stinner (Deutschland) geleiteten Delegation von 23 Parlamentariern aus zwölf Mitgliedsländern der NATO vom 12. bis 16. September 2011 in China. Die Delegationsmitglieder aus dem Unterausschuss „NATO-Partnerschaften“ des Politischen Ausschusses und aus dem Unterausschuss „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit hätten in Peking und Shanghai Gespräche mit hochrangigen Vertretern der chinesischen Regierung und der Kommunistischen Partei sowie mit Experten aus Nichtregierungsorganisationen geführt. Es sei deutlich geworden, dass sich die Beziehungen zwischen der NATO und China verbessert hätten und China ein echtes Interesse am Ausbau der Beziehungen zur NATO habe. China sei zu einem wachsenden Beitrag zu internationalem Frieden und Sicherheit bereit. So sei unter anderem

die Zusammenarbeit bei der Pirateriebekämpfung erörtert worden. China wolle aber auch konsultiert werden, wenn es um Pakistan und Afghanistan gehe. Mit Blick auf das in der Woche vor dem Besuch von der chinesischen Führung veröffentlichte Weißbuch „Chinas friedliche Entwicklung“ seien die außenpolitischen Prioritäten des Landes insgesamt zur Sprache gekommen. Auch Nordkorea sei vor dem Hintergrund der Beziehungen Chinas zu seinem Nachbarn thematisiert worden. Mit den Gastgebern sei man sich darin einig gewesen, dass eine Fortsetzung und Vertiefung des Dialogs wünschenswert sei, um das Verständnis füreinander zu verbessern.

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, Abgeordneter **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich), kündigte das 78. Rose-Roth Seminar zu Afghanistan am 21./22. November 2011 in London sowie den sich vom 22. bis 25. November 2011 anschließenden Besuch des von ihm geleiteten Unterausschusses im Vereinigten Königreich an.

Der Ausschussvorsitzende Senator **Joseph A. Day** (Kanada) verwies auf die geplanten Ausschuss- und Unterausschussaktivitäten für das Jahr 2012, zu denen im Vorfeld der Frühjahrstagung Ende Mai 2012 in Tallinn in Estland ein Besuch des Ausschusses in Washington D. C. in den Vereinigten Staaten im Januar 2012 und eine gemeinsame Sitzung mit dem Politischen Ausschuss sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit im Februar 2012 in Brüssel gehörten. Nach dem Besuch des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ im November 2011 im Vereinigten Königreich sei ferner für Anfang März 2012 ein Besuch dieses Unterausschusses in Frankreich als zweiter Nuklearmacht in Europa geplant sowie im Oktober 2012 in Dschibuti, bei der 5. US-Flotte in Bahrain und in Diego Garcia im Indischen Ozean.

Die russische Delegation begrüßte den für April oder Mai 2012 geplanten Besuch des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ in Russland grundsätzlich. Mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Russland solle der Termin jedoch bei dem bevorstehenden Besuch des Präsidiums der NATO PV unter Leitung des Präsidenten, Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (Deutschland), Anfang November 2011 in Moskau noch einmal erörtert werden. Außerdem wurde für September 2012 ein Besuch dieses Unterausschusses gemeinsam mit dem Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ des Politischen Ausschusses in Deutschland angekündigt.

VI. Vortrag von Admiral Giampaolo Di Paola, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, zum Thema „Der Einfluss der Operation *Unified Protector* auf die Zukunft des Bündnisses“

Admiral **Giampaolo Di Paola**, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, hob zunächst die Bedeutung des Libyen-Einsatzes für die NATO hervor. Es habe sich um den ersten Einsatz nach der Annahme des neuen Strategi-

schen Konzepts gehandelt. Erstmals sei die NATO in einer Region zum Einsatz gekommen, die zum Mittelmeerdialog gehöre. Als erste politische Lektion ergebe sich daraus die Erkenntnis, dass ungewohnte Situationen entstehen könnten und die NATO dann reagieren können müsse. Die große Unvorhersehbarkeit sei das Hauptmerkmal des heutigen Sicherheitsumfelds. Die NATO habe auf der Grundlage der Resolutionen des VN-Sicherheitsrats eingegriffen, mit denen ein Waffenembargo (Resolution 1970) und eine Flugverbotszone (Resolution 1973) mandatiert worden seien, wobei die Völkergemeinschaft erstmals ausdrücklich den Schutz der Bevölkerung erwähnt habe, der auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten gewesen sei. Die NATO sei innerhalb von einer Woche zu einem Konsens gekommen und damit sehr schnell handlungsfähig gewesen. Es habe mehr als 10 000 Bombenabwürfe gegeben, ohne dass dabei Zivilisten getötet worden seien, unter anderem weil die Ziele zuvor umfassend aufgeklärt und lediglich militärische Ziele, Munitionslager, Artillerie und ähnliches angegriffen worden seien. Lediglich in einem einzigen Fall dauerten die Untersuchungen noch an, weil es Unklarheiten gebe. Insofern sei der Einsatz nahezu perfekt verlaufen. Beim jüngsten Besuch des Verteidigungsministers der libyschen Übergangsregierung in Brüssel sei besprochen worden, dass der Einsatz trotz der veränderten Lage vor Ort mit Blick auf die verbleibenden Widerstandsgruppen und die von ihnen ausgehende Bedrohung für die Bevölkerung fortgesetzt werden solle. Wann der Einsatz tatsächlich beendet werde, sei eine politische Entscheidung, die auf der Grundlage der militärischen Lageeinschätzung des *Supreme Allied Commander Europe* und einer Bedrohungsanalyse getroffen werde. Dabei sei zu berücksichtigen, ob der Übergangsrat die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten könne und inwiefern Kämpfer Muammar al-Gaddafis noch eine Gefahr darstellten.

Das Engagement in Libyen habe vor allem gezeigt, dass die NATO funktioniere. Was erreicht worden sei, habe nur die NATO erreichen können. Unter den politischen Vorgaben und der politischen Kontrolle habe die Militärmaschinerie präzise und schnell agiert. Dabei sei es nicht um die kollektive Sicherheit der Mitglieder gegangen, sondern um Hilfe für andere Menschen in der Völkergemeinschaft. Was immer auch geschehen werde: Die NATO werde dies wieder tun können. Ohne das Engagement der Partner aus der arabischen Welt wäre es allerdings schwieriger geworden, und es sei auch eine große Leistung gewesen, diese Partner zusammenzubringen. Schließlich sei der Ansatz der vernetzten Sicherheit besonders wichtig gewesen für den Erfolg. In einem politischen Prozess sei die Zusammenarbeit verschiedener Nationen und Organisationen zur humanitären Unterstützung koordiniert worden. Zu den weiteren Lehren gehöre die Erkenntnis, dass die Fähigkeiten zur Luftbetankung sowie im Bereich von Nachrichtendienst, Überwachung und Aufklärung vor allem von den Vereinigten Staaten bereit gestellt worden seien. Auch über den Mangel an bevorrateter Präzisionsmunition in einigen Mitgliedsländern müsse noch einmal diskutiert werden. Da bei einer kleineren Kommandostruktur alle Beteiligten sehr gut

ausgebildet sein müssten, müsse auch die Schulung des Personals weiter optimiert werden. Trotz der knappen Verteidigungshaushalte müssten die Parlamente zudem die Zusammenarbeit fördern und dafür sorgen, dass die verfügbaren Mittel richtig ausgegeben würden, nämlich im Sinne von *smart defence*. Es sei offen, welche Auswirkungen der Arabische Frühling haben und ob die NATO erneut um Unterstützung gebeten werde. Es gebe aber in den betroffenen Ländern ein großes Veränderungspotential auch im sicherheitspolitischen Bereich. Dieses Potential müsse die NATO nutzen und in die Beziehungen zu den arabischen Ländern investieren. Insgesamt müsse die NATO gegenüber dem Rest der Welt offen sein.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand die Frage, wie es in Libyen weitergehen solle und wann konkret mit einem Ende des NATO-Einsatzes zu rechnen sei, ob noch Bodentruppen zum Einsatz kommen sollten und welche Rolle die NATO danach beispielsweise beim Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen spielen solle. Dabei meldeten sich insbesondere Abgeordnete aus den am NATO-Einsatz in Libyen beteiligten Ländern Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich, Belgien und Norwegen zu Wort. Thematisiert wurde auch die Rolle der Medien bei der Interpretation der VN-Resolution 1973 und der Berichterstattung über den Einsatz. Unterschiedliche Einschätzungen zeigten sich vor allem in der Frage, ob der Einsatz von Bodentruppen sinnvoll sein und inwiefern die Lage in Syrien oder Bahrain als vergleichbar bezeichnet werden könne. Ein Abgeordneter aus Russland wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die vorgelegten Entschließungsentwürfe des VN-Sicherheitsrats zu Syrien den Libyen betreffenden Texten ähnelten. Zu der Behauptung, es habe bei den Luftangriffen der NATO keine zivilen Opfer gegeben, gebe es im Übrigen anders lautende Berichte von libyschen Medien. Wenn die NATO tatsächlich über entsprechend präzise Fähigkeiten verfüge, stelle sich außerdem die Frage, warum es in Afghanistan weniger gut gelinge, zivile Opfer zu vermeiden. Admiral **Giampaolo Di Paola** stellte dazu klar, dass es keinerlei Planungen für ein Eingreifen in Syrien gebe, auch wenn Russland immer wieder etwas anderes behauptete. Auch gebe es derzeit weder eine entsprechende Resolution, noch einen internationalen Konsens in dieser Frage. Im Übrigen hingen die Todesfälle in Afghanistan nicht unbedingt mit den Luftangriffen der Verbündeten zusammen, die dort nicht weniger präzise seien.

VII. Diskussion und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Die Unterstützung des libyschen Volkes“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Sven Mikser (Estland)

Die Entschließung wurde einstimmig, jedoch mit zahlreichen, intensiv beratenen Änderungen angenommen, darunter von dem Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) als Leiter der deutschen Delegation eingebrachte und von dem Abgeordneten **Michael Groschek** (Deutschland) vertretene Änderungsanträge, die die Gewalt gegen Frauen verurteilten, den Schutz insbesondere von Frauen und Kindern in der Übergangszeit sowie

die breitere Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen und am Aufbau von Institutionen forderten. Einvernehmlich angenommen wurde auch ein Änderungsantrag der deutschen Delegation zur zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Libyen, das zur Teilnahme am Mittelmeerdialo g eingeladen werden solle.

Im Mittelpunkt der Debatte standen die politische Bewertung des NATO-Einsatzes in Libyen und die Frage, inwiefern der Beitrag einzelner Länder – namentlich Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – besondere Erwähnung finden solle. Während sich insbesondere Vertreter aus Italien und Spanien sowie der für mehr Gemeinsamkeit plädierende Abgeordnete **Michael Groschek** (Deutschland) dagegen aussprachen, votierte der Ausschuss mehrheitlich für die Beibehaltung der im Entwurf vorgesehenen besonderen Würdigung. Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) erklärte dazu, insbesondere Frankreich und das Vereinigte Königreich hätten überhaupt erst gewährleistet, dass es eine europäische Führung der Mission geben können. Die russische Delegation warf den Mitgliedsländern der NATO vor, das Mandat des VN-Sicherheitsrats zu weit ausgelegt zu haben. Dies werde Auswirkungen auf die Zukunft haben, denn wer einmal lüge, dem könne man nicht mehr glauben. Dennoch zog die russische Delegation alle vier von ihr eingebrachten Änderungsanträge zurück, die eine vollständige Streichung aller Absätze zur Bewertung des NATO-Einsatzes in Libyen zur Folge gehabt hätten. Der Abgeordnete **Michael Groschek** unterstützte im Verlauf der weiteren Debatte auch einen gemeinsamen Änderungsantrag von Abgeordneten aus Norwegen, Island und den Niederlanden zur besonderen Unterstützung für die Flüchtlinge, der teilweise Berücksichtigung fand, sowie einen weiteren Änderungsantrag der gleichen Abgeordneten zur Evaluierung des NATO-Einsatzes. Letzterer wurde jedoch von den Antragsstellern zurückgezogen, nachdem der Generalberichterstatter Abgeordneter **Sven Mikser** mitteilte, eine Folgeberichterstattung hierzu sei bereits in Planung.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „NATO-Operationen im Rahmen eines neuen Strategischen Konzepts und die EU als Partner bei Operationen“, vorgelegt von der Berichterstatterin Abgeordnete Nicole Ameline (Frankreich)

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich) stellte den aktualisierten Berichtsentwurf vor. Die Mehrzahl der Konflikte in den vergangenen Jahren sei asymmetrisch gewesen und habe in einem instabilen politischen Umfeld stattgefunden. Traditionelle Attribute der Macht wie Atomwaffen seien in einem solchen Kontext zunehmend weniger von Bedeutung. Das neue Strategische Konzept gebe den Weg für die Rolle des Bündnisses und seine zukünftigen Missionen vor, aber es stelle sich die Frage, ob die Mitgliedsländer die erforderlichen Haushaltsmittel zur Umsetzung bereitstellten. Bei

einem Engagement in neuen Konflikten stärke eine bessere Planung der zivilen und militärischen Aktivitäten als Lehre aus den Einsätzen auf dem Balkan, in Afghanistan und in Libyen die NATO. Die im neuen Strategischen Konzept betonte Zusammenarbeit mit den VN und der EU sei der richtige Ansatz und mit Blick auf die NATO-Mitgliedschaft der meisten EU-Mitglieder in diesem Fall besonders geboten. Gerade hier gebe es aber Blockaden wie die Zypern-Frage. Die Verbindung von militärischen und zivilen Mitteln sei für die politische Konfliktlösung entscheidend. Insbesondere bei der Schaffung von Rechtsstaatlichkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung müsse das Bündnis die Partnerschaft mit den VN und der EU suchen. Die NATO benötige aber darüber hinaus selbst eine Struktur zur Gesamtanalyse der Aspekte eines Konflikts und zur Planung zivil-militärischer Einsätze nach einem Konflikt. Während das neue Strategische Konzept auch auf neue Fähigkeiten wie die Raketenabwehr und die Abwehr von *Cyber*-Angriffen eingehe, sei mit Blick auf die Situation der öffentlichen Haushalte jedoch eine stärkere Priorisierung nötig. Hierfür seien der Nordatlantikrat und die Generalstäbe zuständig, aber die Versammlung könne zu dieser Debatte beitragen. Die Krise in Libyen habe im Übrigen die Bedeutung der Partnerschaften der NATO gezeigt, vor allem mit Blick auf den Mittelmeerraum und den Nahen Osten. Der Dialog über Verteidigungsfragen mit den Ländern in dieser Region müsse deshalb fortgesetzt werden. Im Ergebnis sei das neue Strategische Konzept ein gutes Werkzeug, das aber ohne Haushaltsmittel nicht umgesetzt werden könne.

Ein Vertreter des Europäischen Parlaments erklärte daran anknüpfend, die Zusammenarbeit mit der NATO sei im Libyen-Konflikt schnell, flexibel und engagiert gewesen und funktioniere auch bei der Operation *Atalanta* gut. Für die EU bleibe es manchmal schwierig, mit einer Stimme zu sprechen. So werde zum Beispiel derzeit über eine Bodenoffensive beim Einsatz gegen die Piraterie diskutiert. Das Problem der organisierten Kriminalität und die Strafverfolgung von der Piraterie verdächtigen Personen seien noch nicht ausreichend angegangen worden. Die abnehmenden Haushaltsmittel seien eine Herausforderung für alle Mitgliedsländer der EU, und die Stabilisierung vor Ort in der Region bleibe besonders wichtig. Weiterhin gingen in der Diskussion Vertreter aus dem Vereinigten Königreich, Italien, den Vereinigten Staaten, Serbien und Albanien auf die Lage in einzelnen Einsatzgebieten ein und machten Anmerkungen zu verschiedenen Formulierungen im Bericht, die die Berichterstatterin zusagte zu berücksichtigen. Damit wurde der Bericht angenommen.

IX. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Der Übergang in Afghanistan: Einschätzung und Beurteilung der Sicherheitsanstrengungen“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Sven Mikser (Estland)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) ging insbesondere auf Entwicklungen seit der letzten Sitzung des Ausschusses in Varna ein und zog Schlussfolgerungen aus der Einschätzung der Gesamtlage

in Afghanistan. Positiv seien der kontinuierliche Aufwuchs und die zunehmenden Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Trainingsmission der NATO erreiche ihre Ziele hier zeitgerecht oder sogar früher als geplant. Die militärische Führung der Verbündeten berichte von erheblichen Erfolgen beim Vorgehen gegen die Führung der Aufständischen mit ernsthaften Auswirkungen auf deren Fähigkeiten zu konventionellen Angriffen. Nach dem Aufwuchs der amerikanischen und der NATO-Kräfte seien in Schlüsselbereichen Sicherheitszonen geschaffen worden, so dass die Übergabe der Verantwortung habe beginnen können. Insgesamt sei viel erreicht worden. So hätten beispielsweise vor zehn Jahren nur neun Prozent der Afghanen Zugang zur medizinischen Grundversorgung gehabt, während es heute fast 85 Prozent seien. Während unter den Taliban eine Million Kinder zur Schule gegangen seien, seien es heute sieben Millionen, darunter ein Drittel Mädchen. Mehr als fünf Millionen afghanische Flüchtlinge seien nach Hause zurückgekehrt. Natürlich gebe es weiter große Herausforderungen, auf die der Bericht auch im Detail eingehe. Berechtigte Sorge gebe es zum Beispiel hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung und der Nachhaltigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Zahl der zivilen Opfer steige weiter, auch wenn 80 Prozent davon durch die Aufständischen verursacht würden. Die jüngsten Morde und Anschläge auf hochrangige Persönlichkeiten könnten in einigen Gegenden Fragen zur Übergabe der Verantwortung aufwerfen. Die Korruption und die langfristige wirtschaftliche Entwicklung seien ebenfalls problematisch. Der Fortschritt im Bereich von Sicherheit und Regierungsführung bleibe fragil und umkehrbar. In einigen Bereichen sei eine Beurteilung derzeit noch nicht möglich. So gebe es derzeit beinahe einen Stillstand im Versöhnungsprozess und die Ermordung des ehemaligen Präsidenten Burhanuddin Rabbani, der die Friedensverhandlungen mit Taliban-Vertretern geführt habe, habe Zweifel an dem Prozess aufkommen lassen. Die Eröffnung eines Büros der Taliban in Katar sei jedoch als positives Zeichen gewertet worden und vor den internationalen Konferenzen in Istanbul und London sei ein gewisses Momentum spürbar gewesen. Die Zahl der zur Reintegration bereiten ehemaligen Kämpfer nehme zwar zu, sei aber insgesamt weiterhin nicht von strategischer Bedeutung. Der Aufbau der afghanischen Lokalpolizei sei zwar in einigen Gegenden erfolgreich, in anderen jedoch offenbar sogar eher kontraproduktiv. Aus seiner Sicht müsse darüber diskutiert werden, ob es ausreiche, die Rückkehr von Al-Qaida nach Afghanistan zu verhindern oder ob nicht vor Ort die Bedingungen dafür geschaffen werden müssten, dass kein Terrornetzwerk Afghanistan als Rückzugsgebiet nutzen könne. Mit anderen Worten stelle sich die Frage, ob das Ausschalten einer kritischen Masse hochrangiger Führer von Al-Qaida bereits bedeute, dass die innere Sicherheit in Afghanistan die Übergabe der Verantwortung möglich mache. Um den Prozess der Übergabe positiv zu beeinflussen, sollten jedenfalls Länder, die ihre Kampftruppen reduzierten oder abzögen, die dadurch frei werdenden Mittel in die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte reinvestieren.

Die nachfolgende Debatte begann mit einer Reaktion des Abgeordneten **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan). Bezugnehmend auf die Rede des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai nach der Ermordung von Rabbani sei es derzeit nicht sinnvoll, die Gespräche mit Vertretern der Taliban fortzusetzen. Vielmehr müsse das Gespräch nun direkt mit Pakistan gesucht werden. Im Übrigen seien die Taliban in der afghanischen Bevölkerung nicht verankert und Al-Qaida sei geschwächt. Für viele der im Bericht genannten Anschläge sei aber ohnehin das *Hakkani*-Netzwerk verantwortlich, auf dessen Ausschaltung sich die Bemühungen insofern richten müssten. Anschließend gingen Abgeordnete aus Italien und den Vereinigten Staaten auf den Drogenanbau und dessen Rolle bei der Finanzierung der Aufständischen ein sowie auf die Bedeutung des Wiederaufbaus und nachhaltiger Reformen in Afghanistan. Der Abgeordnete **Johannes Pflug** (Deutschland) ging in diesem Zusammenhang auf Medienberichte aus den letzten Wochen ein, laut denen man in Afghanistan mit den vor zehn Jahren erklärten Zielen gescheitert sei. Es sei bemerkenswert, dass diese Einschätzung von ehemaligen Generälen stamme, die in Afghanistan gedient hätten, jetzt aber nicht mehr im Dienst seien und insofern nichts mehr zu verlieren hätten. Auch der Berichterstatter habe die Kommandeure vor Ort mit den Worten zitiert, die Lage sei fragil und umkehrbar. Dies bedeute, dass die Sicherheit tatsächlich nicht besser sei als zu Beginn des Einsatzes. Bei den Gesprächen mit Vertretern der Taliban gebe es auch kaum Fortschritte. Entsprechend sei die Einschätzung der Experten, dass man militärisch nicht gewinnen könne. Insofern müsse der Prozess der Übergabe der Verantwortung zwar fortgesetzt werden. Mit Blick auf die verschiedenen Ethnien vor Ort müsse dabei aber überlegt werden, wie man in den übergebenen Städten und Regionen Koalitionsregierungen bilden könne, um auch Minderheiten zu beteiligen. Im Übrigen plädierten Experten schon lange für Gespräche mit Pakistan. Hier sei jedoch der Einfluss der Vereinigten Staaten gefragt, und direkte Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan seien wohl nicht sehr aussichtsreich. Der Bericht wurde mit der Bitte um Berücksichtigung der Anmerkungen aus der Debatte einvernehmlich angenommen. Ein italienischer Abgeordneter, der zuvor kritisiert hatte, der Bericht stelle zwar eine Bestandsaufnahme mit einer Abwägung positiver und negativer Entwicklungen dar, enthalte aber keine Schlussfolgerungen und sei insofern eher ein Zwischenbericht, gab dabei ausdrücklich seine Enthaltung zu Protokoll.

Ein ursprünglich vorgesehener Vortrag von **Frank Boland**, Direktor Streitkräfteplanung in der NATO-Abteilung Verteidigungspolitik und -planung, wurde aus Zeitgründen einvernehmlich vertagt.

X. Personalien

Alle zur Wiederwahl zugelassenen Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt. Weiterhin wurden per Akklamation neu gewählt: Abgeordneter **Francesco Bosi** (Italien) und Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) und stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses; Abgeordnete **Angelien Eijssink** (Niederlande) zur

stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“; Abgeordnete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 8. Oktober 2011, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Zentrales Thema der Sitzung waren die Entwicklungen in Afghanistan sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Lage im Bündnis.

II. Vortrag von Professor Sultan Barakat, Direktor des Bereichs „*Post-war reconstruction and development*“, Universität York, zum Thema „Die Entwicklung und der Wiederaufbau in Afghanistan nach dem Krieg“

Professor Sultan Barakat erklärte eingangs, die Lage in Afghanistan sei nach zehn Jahren des internationalen Engagements nicht sehr viel stabiler als 2001. Er gab einen Überblick der Entwicklungen mit Bezug auf die soziale und wirtschaftliche Effektivität, Legitimität und Sicherheit. Fortschritte seien in einigen Bereichen zu verzeichnen, zum Beispiel bei der Schulbildung, im Gesundheitswesen und beim geringen aber zunehmenden Wirtschaftswachstum. Die sozio-ökonomischen Faktoren zeigten in die richtige Richtung. Hingegen bezeichnete er die Entwicklungen in den Bereichen Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit als durchweg negativ. Kritisch merkte er an, bei den internationalen Akteuren habe es zu viele verschiedene Strategien und keine gemeinsamen Visionen und Ziele im Bereich Sicherheit und Stabilität gegeben. Man habe sich zu stark auf die Übernahme der westlichen, liberalen Werte fokussiert, traditionelle Überzeugungen der Afghanen seien zu wenig eingeflossen. Auch sei es für die Einführung der ökonomischen Liberalisierung zu früh gewesen. Er verwies auf die großen Unterschiede zwischen ländlicher und städtischer Situation der Menschen. Das Bedürfnis nach internationaler Unterstützung sei stärker denn je, und der Prozess des Wiederaufbaus beginne gerade erst. Abschließend nannte Professor Sultan Barakat für den Übergang folgende Prioritäten: Eine neue regionale Lösung für die Stabilität gebe es nur unter Einbeziehung der Nachbarn Iran und Pakistan. Die Rückzugsmöglichkeiten der Taliban müssten eliminiert und der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte (*Afghan National Security Forces*, ANSF) intensiviert werden. Politischen Reformen und dem Aufbau politischer Parteien sowie den Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit maß er eine besondere Bedeutung zu. Eine makroökonomische Entwicklung für die Ärmsten, ein stärkeres Engagement in den

ländlichen Gemeinden sowie eine Integration des Islam in die Strategie seien notwendig für langfristige Erfolge.

Auf die Fragen des Abgeordneten **Jürgen Hardt** (Deutschland) erklärte **Professor Sultan Barakat**, als Teil des nationalen Solidaritätsprogramms gebe es beim Ausbau der Infrastruktur sehr gute Fortschritte. Die Projekte seien aber oft nicht Teil einer kohärenten Strategie, würden kaum Arbeitsplätze schaffen und damit zu wenig für die Afghanen selbst bringen. Für die Übertragung der Sicherheitsverantwortung fehlten zwar vielfach noch die Kapazitäten. Den Afghanen sei aber wichtig, selbst Verantwortung zu übernehmen. Senator **Lamberto Dini** (Italien) fragte nach der Perspektive für die Zeit nach dem Abzug ab 2015. **Professor Sultan Barakat** sagte, für die Afghanen müsse eine Verbesserung der Lebensqualität spürbar werden. Die unmittelbare Einflussnahme der Vereinigten Staaten, der EU und der NATO werde nach dem Abzug natürlich geringer sein. Man könne aber durch die Unterstützung der Regierung, des weiteren Aufbaus und der Wirtschaftsentwicklung bisherige Strategien fortsetzen.

III. Vortrag von Frank Boland, Direktor der NATO-Abteilung „Verteidigungsplanung und Operationsführung“, zum Thema „Transatlantische Lastenteilung in einer Zeit der Haushaltskrisen“

Frank Boland nahm Bezug auf die bei der letzten Sitzung der NATO-Verteidigungsminister getroffenen Entscheidungen, wie zum Beispiel *smart defence*, Transformation, gemeinsame Bodenüberwachung und die Überprüfung der Fähigkeiten. In einer Zeit finanzieller Engpässe seien ein gemeinsamer Ansatz, die Teilung der Verantwortung und die Bündelung von Maßnahmen besonders wichtig. Er verwies auf die erfolgreich von der NATO geführte Operation *Unified Protector* in Libyen und deren kurze Vorbereitungszeit. Frank Boland legte dem Ausschuss erneut ausführliche Übersichten der nationalen Verteidigungsbudgets und deren Tendenzen vor. Nur drei Länder setzten die zugesagten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um. Er kritisierte, dass bei den teilweise erheblichen Rückgängen der Ausgaben in der Regel keine Abstimmungen der Kürzungen unter den Bündnispartnern erfolgten. Abschließend wies Frank Boland auf das Ungleichgewicht bei den Fähigkeiten hin, welches die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verdeutliche. Habe deren Anteil bei den Gesamtausgaben im Jahr 2001 noch bei 63 Prozent gelegen, so läge er inzwischen bei 77 Prozent. In der Diskussion erklärt der Abgeordnete **Jürgen Hardt** (Deutschland), sein Land werde den Ansatz der Ausgaben für 2012 entgegen den ersten Planungen erhöhen, zusätzliche Mittel seien für Personalkosten und für Umstrukturierungsmaßnahmen der Bundeswehr vorgesehen. **Frank Boland** entgegnete, ein deutlich spürbarer Rückgang werde bei vielen aufgrund der bereits eingegangenen Verpflichtungen erst ab 2015 erwartet. Senator **Philippe Mahoux** (Belgien) sagte, mehr Effizienz bedeute nicht unbedingt niedrigere Ausgaben. Der Abgeordnete **Tore Nordtun** (Norwegen) erklärte, der Schlüssel für die Zukunft seien eine solidarische und kosteneffektive Zu-

sammenarbeit im Verteidigungsbereich sowie ein strukturiertes Rahmenprogramm mit gemeinsamer Fähigkeitsentwicklung. **Frank Boland** ergänzte, die nordische Zusammenarbeit sei das Modell für *smart defence*.

IV. Beratung über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Die Volkswirtschaften des Balkans: Regionale Blockaden, Ablenkung der europäischen Aufmerksamkeit und die weltweite Krise“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter John Sewel (Vereinigtes Königreich)

Der Berichterstatter Abgeordneter **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) begann mit der Feststellung, die Region sei politisch und wirtschaftlich für den Westen von unmittelbarer Bedeutung, auch wenn sie inzwischen aus den Schlagzeilen verschwunden sei. Für die notwendigen Lösungen sei eine politische Führung erforderlich, die er zurzeit vermisste. Durch die allgemeine Finanzkrise seien die Exportumsätze der Länder stark gesunken. Bei einem Scheitern bestünde die Gefahr von erneuten Gewaltausbrüchen. Daher müsse der eingeleitete Versöhnungsprozess unbedingt weitergeführt werden. In der Diskussion problematisierten Abgeordnete aus Serbien und Rumänien die Bezeichnung „Staat“ für Kosovo wegen der unzureichenden internationalen Anerkennung. Der Abgeordnete **Bozo Ljubic** (Bosnien und Herzegowina) sprach die verfassungsrechtlichen Probleme seines Landes aufgrund des Dayton-Abkommens an. Auch in anderen Ländern der Region seien Verfassungsreformen notwendig. Ein Abgeordneter aus Montenegro bat um Erwähnung des Status seines Landes als Kandidat für die EU-Mitgliedschaft und um Aktualisierung der Finanz- und Wirtschaftsdaten. Der Berichterstatter sagte auch die Aufnahme der Fortschritte in Kroatien zu. Ein türkischer Abgeordneter thematisierte den Namensstreit um die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Eine Integration in die EU müsse entschlossen auch unabhängig von der Bezeichnung des Landes betrieben werden. Der Bericht wurde mit einigen Veränderungen und Ergänzungen einstimmig angenommen.

V. Beratung über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Die Suche nach tragfähigen Lösungen für Afghanistan: Die Arbeit der internationalen Gemeinschaft beim Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Jeppe Kofod (Dänemark)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Jeppe Kofod** (Dänemark) erklärte, eine verbesserte Staatsführung und die Fähigkeit des Staates, Sicherheit und Entwicklung zu bieten, seien für eine erfolgreiche Übertragung der Verantwortung für die Sicherheit an die Afghanen bis Ende 2014 notwendig und auch eine entscheidende Voraussetzung für die

wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Für gezieltere Entwicklungsstrategien sei eine Erhebung von Daten über die humanitäre Krise erforderlich. Hilfsmaßnahmen müssten gezielter und besser koordiniert werden. Der Haushalt Afghanistans müsse auf eine nachhaltige Grundlage gestellt werden, auch für die schrittweise eigene Unterhaltung der nationalen Sicherheitskräfte. Als weitere notwendige Schritte nannte er den Aufbau von Landwirtschaft – auch als Alternative zum Opiumanbau –, verbesserte Maßnahmen zur Steuererhebung, die Bekämpfung der Korruption und einen nationalen Dialog im Hinblick auf die angestrebte Versöhnung. Die Bündnispartner müssten sich auf ein langfristiges Engagement in Afghanistan einstellen. Ein türkischer Abgeordneter erklärte, sein Land habe gute Erfahrungen gemacht mit Projekten in Zusammenarbeit mit den lokalen Provinzregierungen. Davon profitierten viele Menschen vor Ort. Der Ausschuss stimmte dem Bericht ohne Änderungen zu.

VI. Beratung über den Generalberichtsentwurf „In einem schwierigen finanziellen Umfeld: Wirtschaftskrise, Haushaltskonsolidierung und die Gefahr der strategischen Irrelevanz Europas“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Simon van Driel (Niederlande)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande) sagte eingangs, der Entwurf sei nach der letzten Sitzung aktualisiert und auch der Titel sei angepasst worden. Europa müsse sich in dieser Krise seiner Verantwortung stellen, ansonsten drohe die Gefahr der strategischen Irrelevanz. In der Diskussion erklärte der Berichterstatter auf die Frage nach der Verantwortung der Rating-Agenturen an der Krise, sie seien nur ein Teil des Problems. Er hingegen sah eine Hauptursache in der mangelnden Finanzdisziplin einiger Länder. Abschließend sprach er von der Notwendigkeit der Entwicklung von Strategien zur Haushaltskonsolidierung. Die Krise eröffne aber auch neue Ebenen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere für EU und NATO. Der Ausschuss nahm den Bericht einstimmig an.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Umgang mit einem schwierigen Finanzumfeld: Wirtschaftskrise, Finanzkonsolidierung und die Gefahr der strategischen Irrelevanz Europas“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Simon van Driel (Niederlande)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande) erklärte, in diesen Text seien die Schlussfolgerungen des Berichtes eingeflossen. Es gehe um bessere Zusammenarbeit, neue Verteidigungsabkommen sowie mehr Kosteneffizienz. In der Debatte erklärte ein türkischer Abgeordneter, der Text fordere die Länder auf, keine allzu kühnen Ausgabenkürzungen vorzunehmen, die der nationalen wie auch internationalen Sicherheit schaden würden. Er befürchte jedoch, dass das für die Bürger in Zeiten knapper Haushaltskassen und all-

gemeiner Sparnotwendigkeit schwer verständlich sei und daher negativ auf das Bündnis zurückfallen könne. Er warb für eine moderatere Formulierung und die Berücksichtigung der aktuellen Situation in vielen Ländern. Eine große Zustimmung fanden die beiden Änderungsanträge, die von dem Abgeordneten **Jürgen Hardt** (Deutschland) vorgestellt wurden. Der erste zielte auf eine Neuformulierung der Passage ab, in der es um die als angestrebte Größe genannten zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben ging, da es sich nach offizieller NATO-Sprache nicht um eine Zielvorgabe handele. Mit dem zweiten Änderungsantrag wurde die Formulierung „Koordinierung“ bei den Kürzungen in den Verteidigungshaushalten der verbündeten Staaten geändert, da es sich beim Haushaltsrecht um nationales Recht handele. Man einigte sich auf die Formulierung „verbesserte Konsultationen bei der Verabschiedung der Kürzungen der Haushalte“. Die Entscheidung wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen.

VIII. Personalien

Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abgeordnete **Petras Austrevicius** (Litauen), zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) und zum Berichterstatter der Abgeordnete **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) gewählt. Im Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ ist der neue Vorsitzende der Abgeordnete **Gianni Vernetti** (Italien). Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Abgeordnete **Oktay Vural** (Türkei) und zum Berichterstatter der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Die Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am 8. und 9. Oktober 2011 und wurde von der Vorsitzenden Abgeordnete **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) geleitet.

I. Überblick über die Themen

Der Ausschusses beschäftigte sich insbesondere mit den Migrationsbestrebungen als Folge des Arabischen Frühlings, den politischen Entwicklungen in der Ukraine, den Herausforderungen für gute Regierungsführung in Afghanistan, mit Fragen der *Cyber*-Sicherheit und mit dem Stand der Umsetzung der Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ des VN-Sicherheitsrates.

II. Vortrag von Dr. Khalid Koser, Direktor des Fachbereichs „New Issues in Security“ am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, zum Thema „Migration und Sicherheit am Beispiel des Arabischen Frühlings“

Migration habe Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Staaten, in die die Menschen einwanderten, so **Dr. Khalid Koser**, allerdings nicht, wie gemeinhin angenommen, im Hinblick auf die Kriminalitätsentwicklung.

Dass Migranten häufiger kriminell würden als andere Bürger sei nicht belegt. Dieses Vorurteil lenke jedoch von den tatsächlichen Wechselwirkungen zwischen Migration und Sicherheit ab. So werde beispielsweise Menschen-smuggel oft durch kriminelle Banden durchgeführt, die auch andere Straftaten begingen. Da in den meisten Gesellschaften keine offene Integrationsdebatte geführt werde, würden Immigranten leicht an den gesellschaftlichen Rand gedrängt und seien sozial oft nicht abgesichert. Immigration habe aber Auswirkungen auf Ressourcenverteilung, Arbeitsplatzkonkurrenz und Lohnentwicklung in den Aufnahmeländern. Durch die Unfähigkeit der politischen Handelnden, die mit Immigration zusammenhängenden Probleme zu lösen, verringere sich das Vertrauen in gute Regierungsführung. Migration wirke sich auch auf die Herkunftsländer der Migranten aus, beispielsweise durch Abwanderung intellektueller Eliten. Als aktuelles Beispiel führte Dr. Khalid Koser die Auswanderung aus Libyen vor und während des Arabischen Frühlings an. So seien seit Beginn des Bürgerkrieges die meisten Flüchtlinge nach Tunesien gegangen, nicht nach Europa. In Europa sei kein Sicherheitsproblem durch illegale Einwanderung als Folge des Arabischen Frühlings zu erwarten. Europa habe jedoch beispielsweise zu wenig getan, um Griechenland wirtschaftlich zu unterstützen, was zu einer Migrationswelle geführt habe. Es sei wichtig, das Thema Migration ohne Wahlkampfretorik zu erörtern.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Information und nationale Sicherheit“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Angesichts des Aktionsplans zur *Cyber*-Sicherheit, den die NATO im Juni 2011 beschlossen habe, so der Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), handele es sich um ein hochaktuelles Thema. Zwar seien die konkreten Maßnahmen, die die NATO beschlossen habe, klassifiziert, es sei jedoch aus öffentlichen Quellen bekannt, dass der Ansatz breit angelegt sei. So gehe es um den zentralisierten Schutz aller NATO-Strukturen, die Erarbeitung eines NATO-Mechanismus zur Reaktion auf *Cyber*-Angriffe, die Integration dieses Mechanismus in die Verteidigungsstrukturen der NATO, die Unterstützung nationaler Vorkehrungen in den Mitgliedstaaten, die Verbesserung des Informationsaustausches untereinander sowie die Erarbeitung von Grundsätzen für eine engere Kooperation mit NATO-Partnerstaaten, internationalen Organisationen und dem Privatsektor. Im Rahmen der Debatte um die *Cyber*-Sicherheit sei auch das Spannungsverhältnis zwischen Transparenz und Geheimhaltung im Hinblick auf Regierungshandeln zu betrachten. Das Internet habe bereits großen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen gezeigt. Die Möglichkeit, jederzeit und grenzüberschreitend Bündnisse zu schließen und Meinungen auszudrücken, könne sich sowohl positiv als auch negativ auswirken. Ein gewisses Maß an Geheimhaltung sei jedoch für ein effizientes Regierungshandeln unerlässlich. Im Hinblick auf die Abwehr möglicher *Cyber*-Angriffe gebe es Bereiche, in denen aufgrund der Natur der Bedrohung nur multilaterale Vorsorge möglich sei. Hier sei auch die Rolle der NATO anzusiedeln. Als Folge des *Cyber*-An-

griffs auf Estland im Jahr 2007 hätten die Mitgliedstaaten die NATO beauftragt, die nun beschlossene *Cyber*-Strategie zu entwickeln. Nach Auffassung des Generalberichterstatters sollten *Cyber*-Angriffe nicht von vornherein aus dem Anwendungsbereich von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ausgeklammert werden, da die Intensität künftiger Angriffe nicht vorherzusehen sei. Nichtsdestotrotz müssten aber grundlegende Demokratieprinzipien bei der Bekämpfung von *Cyber*-Kriminalität beachtet werden.

In der Debatte erinnerte die Abgeordnete **Brigitta Jonsdottir** (Island) daran, dass die Reformbewegungen im Ländern Nordafrikas und des Nahen Osten schon zu einem Zeitpunkt über das Internet unterstützt worden seien, als die westlichen Regierungen noch auf die autoritären Systeme gebaut hätten. Dies komme ihr in dem vorgelegten Bericht zu kurz. Zudem halte sie es für erforderlich, die wesentlichen Grundzüge der *Cyber*-Strategie der NATO offenzulegen. Von anderen Ausschussmitgliedern wurde die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Russland und China im Bereich der *Cyber*-Sicherheit diskutiert.

IV. Präsentation der Ergebnisse einer Umfrage zum Stand der Umsetzung der Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ des VN-Sicherheitsrates sowie der Entschließung 381 der NATO PV in den Mitgliedstaaten der NATO durch die Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Die vorliegende Zusammenfassung zum Stand der Umsetzung der beiden Entschließungen in den Mitgliedstaaten, so die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland), basiere auf Antworten auf eine Abfrage, die der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit in den Mitgliedstaaten durchgeführt habe. In der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates, die im Oktober 2000 einstimmig verabschiedet worden sei, seien die besonderen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und ihre Rolle bei der Konfliktlösung und Friedenssicherung erstmals thematisiert worden. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Resolution habe die NATO PV auf ihrer Jahrestagung 2010 in Warschau die Entschließung 381 verabschiedet, in der die Umsetzung der Inhalte der Resolution im neuen Strategischen Konzept und in den Einsätzen der NATO gefordert werde. Dahinter stehe die Überzeugung, dass die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an der Schaffung von Frieden und Sicherheit dazu beitragen könne, Konflikte zu vermeiden oder zu lösen und friedliche und stabile Verhältnisse zu erreichen. Als Ergebnis der Umfrage in den NATO-Mitgliedsländern könne festgestellt werden, dass die meisten Staaten entweder bereits Aktionspläne zur Umsetzung der Inhalte der Richtlinie verabschiedet hätten oder gerade dabei seien, entsprechende Maßnahmen zu beschließen. Diese Maßnahmen verfolgten das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit bei Friedensmissionen, Entwicklungshilfeprojekten, humanitären Hilfseinsätzen und diplomatischen Missionen. Zudem habe sich die Anzahl von Frauen in den Streitkräften, Verteidigungsministerien und Auslandseinsätzen der Mitgliedstaaten erhöht. In den meisten Mit-

gliedstaaten würden die Streitkräfte gezielt zu den Themenbereichen Gender, sexuelle Gewalt im Rahmen von Friedenseinsätzen, Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und Menschenhandel geschult. Polen organisiere in Kooperation mit Belgien, Norwegen, Dänemark, Schweden und Spanien für Herbst 2011 ein Seminar zum Thema „Erfahrungen mit der Umsetzung der Resolution 1325 in den bewaffneten Streitkräften“. Auch ein NATO-Ausschuss zu Genderfragen trage zum Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, der NATO-Kommandostruktur und dem NATO-Hauptquartier bei. Die Abgeordnete rief die Mitgliedstaaten dazu auf, auf nationaler Ebene Mechanismen zur automatischen Umsetzung der Inhalte der Resolution 1325 einzuführen, die Anzahl des Schulungspersonals zu Genderfragen bei Auslandsmissionen zu erhöhen und die umfassende Beteiligung von Frauen in den Bereichen Konfliktprävention und Konfliktlösung sicherzustellen. Die Erfahrungen, die manche Mitgliedstaaten auf diesen Gebieten schon gesammelt hätten, könnten von anderen genutzt werden. Außerdem solle die NATO ihre Kooperation mit relevanten nationalen und internationalen Organisationen intensivieren. Die Bedeutung und Aktualität des Themas zeige sich gerade erneut bei den politischen Umbrüchen in Ländern der arabischen Welt.

Der Ausschuss beschloss, den Stand der Umsetzung der Resolution 1325 in den NATO-Mitgliedstaaten jährlich zu evaluieren. Die Ausschussvorsitzende wurde gebeten, im Namen des Ausschusses Glückwünsche an die Preisträgerinnen des Friedensnobelpreises 2011 Ellen Johnson Sirleaf, Präsidentin Liberias, Leymah Gbowee, liberische Aktivistin, und Tawakkul Karman, jemenitische Journalistin, zu übermitteln.

V. Vortrag von Vladimir Socor, Senior Fellow, Jamestown Foundation, Washington D.C., Vereinigte Staaten, zum Thema „Ukraine und Republik Moldau – das Sicherheitsdefizit in Osteuropa“

Die Ukraine, so **Vladimir Socor**, stehe insbesondere auf drei Gebieten vor Herausforderungen: Erstens führe der Mangel an historischer Erfahrung mit *state building* zu chaotischen politischen Verhältnissen, dem Zusammenbruch staatlicher Institutionen und überbordender Korruption; zweitens setze der Wettlauf um Energieressourcen die Ukraine sowohl westlicher als auch russischer Einflussnahme aus; drittens verfüge die Bevölkerung der Ukraine noch nicht über eine gemeinsame nationale Identität, denn insbesondere im Südosten des Landes gebe es kulturell eine starke Anlehnung an Russland. Im Gegensatz dazu betrachte die EU die Republik Moldau als erfolgreichen Anwendungsfall des Programms der Östlichen Partnerschaft. Die Republik Moldau sei ein sehr kleines Land und stehe der EU aufgeschlossen gegenüber. Trotzdem sei es bisher nicht gelungen, die Spaltung der Bevölkerung in Unterstützer der EU-Annäherung und in Unterstützer der Hinwendung zu Russland zu überwinden. Auch der Transnistrien-Konflikt sei einer Lösung nicht näher gekommen. Russland habe die Lösung des Konflikts zur Voraussetzung für einen Rückzug der russischen Truppen von der moldauischen Grenze gemacht.

In der nachfolgenden Debatte diskutierten Ausschussmitglieder insbesondere zu den Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im sicherheitspolitischen Bereich und zur Perspektive der Ukraine und der Republik Moldau für eine Aufnahme in die EU.

VI. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „Die Ukraine nach der Orangen Revolution: Interne Dynamiken und außenpolitische Prioritäten“, vorgelegt vom Berichterstatter Senator Lucio Malan (Italien)

Der Berichterstatter Senator **Lucio Malan** (Italien) bezeichnete die Ukraine als einen der wenigen Gliedstaaten der ehemaligen Sowjetunion, der auf dem Weg zur Demokratie ein großes Stück vorangekommen sei. Das Land sei dynamisch und verfüge über eine lebhaft und pluralistische Medienlandschaft. Es müsse jedoch noch unter Beweis stellen, dass auch im Fall eines Regierungswechsels die demokratischen Regeln beibehalten würden. In dieser Hinsicht seien einige besorgniserregende Entwicklungen zu verzeichnen. Obwohl die Ukraine ihre Absicht aufgegeben habe, die NATO-Mitgliedschaft anzustreben, halte die NATO die Tür für die Ukraine weiter geöffnet. So gebe es ein umfangreiches Kooperationsprogramm zwischen der NATO und der Ukraine, das Land beteilige sich an den meisten NATO-Missionen und habe angekündigt, auch beim Aufbau eines Raketenabwehrsystems für Europa mitwirken zu wollen. Obwohl Russland nach wie vor großen Einfluss auf die Ukraine habe und es Hinweise darauf gebe, dass sich die Ukraine außenpolitisch stärker Russland zuwenden wolle, stelle sich der Status quo der ukrainischen Außenpolitik eher ausgleichend dar. Mehr als um die außenpolitische Ausrichtung Sorge sich die euroatlantische Gemeinschaft derzeit um die innenpolitische Entwicklung des Landes. Dazu gäben Einschränkungen der Pressefreiheit, die Wiedereinführung eines starken präsidentialen Staatssystems, ständige Änderungen des Wahlrechts und vor allem die rechtliche Verfolgung von Oppositionsführern Anlass. So sei Julia Timoschenko nicht etwa wegen Korruption, sondern für ihre Politik als Premierministerin des Landes verurteilt worden. Dieses Urteil beschädige nicht nur das Image der Ukraine, sondern gefährde auch den Annäherungsprozess an die EU und damit die Verbesserung der Lebensperspektive für Millionen ukrainischer Staatsbürger. Sollte die ukrainische Regierung ihren derzeitigen Kurs fortsetzen, könne dies den Abschluss des geplanten Freihandelsabkommens mit der EU gefährden. Der Berichtsentwurf wurde vom Ausschuss angenommen.

VII. Vortrag von Raffaello Pantucci, Associate fellow, International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), zum Thema „Das nächste Jahrzehnt des Terrors?“

Raffaello Pantucci analysierte die Entwicklung des Terrorismus in Europa und versuchte, daraus Prognosen für die Zukunft abzuleiten. Als Anhaltspunkte dienten ihm dabei herausragende Ereignisse des Jahres 2011 wie der

Tod Osama bin Ladens Anfang Mai, der Arabische Frühling und der Anschlag Anders Behring Breiviks in Oslo am 22. Juli. So markiere der Tod Osama bin Ladens das Ende eines Jahrzehnts, in dem Al-Qaida die Schlagzeilen beherrscht habe. Inzwischen hätten regionale Terrornetzwerke beispielsweise im Jemen oder in Somalia an Einfluss gewonnen und stellten eine größere Gefahr für den Westen dar als Al-Qaida. Allerdings fokussierten sich diese regionalen Organisationen auf Probleme in ihrer Heimatregion und neigten daher Anschlägen im Ausland weniger zu. Zudem zeige die Entwicklung des Arabischen Frühlings, dass es Al-Qaida nicht gelungen sei, die Defizite in den Ländern der arabischen Welt aufzugreifen. Befürchtungen, der Arabische Frühling könne zu einer Islamisierung in den betroffenen Ländern führen, seien überzogen, denn die Anforderungen der Regierungsführung würden auch islamistische Parteien zu pragmatischen Entscheidungen zwingen. Allerdings habe Al-Qaida ihre Anhänger auf der arabischen Halbinsel dazu angehalten, eigenständig Terroranschläge in ihren jeweiligen Heimatländern zu planen und durchzuführen, da die Ausführung von Anschlägen in westlichen Ländern aufgrund gestiegener Sicherheitsbestimmungen immer schwieriger geworden sei. Terroranschläge durch Einzeltäter seien in der Zukunft häufiger zu erwarten. So sei Anders Behring Breiviks Anschlag in Oslo der schwerste Anschlag in Europa seit den Bombenattentaten in London im Jahr 2005 gewesen. Daraus seien zwei Lehren zu ziehen: Erstens sei das Terrorpotential eines Einzeltäters erheblich, zweitens berge eine aggressive politische Rhetorik ein realistisches Gefahrenpotential. Sowohl dem Zugang zu Informationen im Internet als auch der Verfügbarkeit von Komponenten, die zur Herstellung gefährlicher Waffen genutzt werden könnten, müsse daher größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

VIII. Vortrag von Iulian Fota, Berater des rumänischen Präsidenten, zum Thema „Regionen mit strategischer Bedeutung für Rumänien“

Iulian Fota bezeichnete die vergangenen zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges als europäische Erfolgsgeschichte, die vor allem auf das Engagement der westlichen Staaten zurückzuführen sei. Aus dieser Erfahrung könne man die Schlussfolgerung ziehen, dass auch für die Balkanstaaten, die den demokratischen Übergang noch nicht vollständig bewältigt hätten, die Integration in EU und NATO die Lösung sein könne. Insbesondere mit Blick auf den Einsatz in Afghanistan und auf die geplante Raketenabwehr für Europa dürfe die NATO auch die Schwarzmeerregion nicht vernachlässigen. Gleiches gelte für den Kaukasus, Russland und Zentralasien. Mit der Republik Moldau habe Rumänien ein Grenzregime vereinbart, das zu stabilen Verhältnissen an der Grenze geführt habe. Rumänien unterstütze die Einbindung der Republik Moldau in westliche Sicherheitsstrukturen. Der Konflikt um die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo erfordere einen verstärkten Dialog, den die maßgeblich in der Region engagierten Kräfte befördern müssten. Rumänien halte jedoch an seiner Position fest, die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anzuerkennen.

IX. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Herausforderungen für das Regierungshandeln in Afghanistan: die aktuelle Lage“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Vitalino Canas (Portugal)

Der Sonderberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) bezeichnete das Jahr 2011 sowohl im Hinblick auf die Entwicklung der Sicherheitslage als auch der Regierungsführung als ein entscheidendes Jahr. Ein Jahr nach der zweiten demokratisch durchgeführten Parlamentswahl in Afghanistan befindet sich das politische System des Landes in einer tiefgreifenden Krise, die sich vor allem durch Konflikte zwischen der Exekutive, der Legislative und der Judikative bemerkbar mache. Nach der Parlamentswahl im September 2010 habe es deshalb erheblichen Drucks aus dem Ausland und einiger Zeit bedurft, bis der afghanische Präsident Hamid Karzai im Januar 2011 das Unterhaus habe einsetzen können. Gleichzeitig habe das vom Präsidenten eingesetzte Sondertribunal zur Aufklärung von Wahlbetrug versucht, das Wahlergebnis nachträglich zu verändern und gewählten Abgeordneten ihr Mandat zu entziehen. Nun gebe es allerdings Anzeichen dafür, dass hier ein Kompromiss gefunden werden könne. Ein großes Problem sei auch die fehlende Rechtssicherheit aufgrund fehlender oder unterausgestatteter Gerichte. Notwendig sei außerdem eine angemessene Ausbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung. Weitere Herausforderungen, die das Land bewältigen müsse, lägen in der Korruptions- und Drogenbekämpfung, dem Aufbau einer Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien sowie der Auflage von Bildungs- und Alphabetisierungsprogrammen. Der Sonderberichtsentswurf wurde vom Ausschuss angenommen.

X. Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Cyber-Sicherheit“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wies auf die Kerninhalte des Entschließungsentwurfs hin. So solle die Möglichkeit, *Cyber*-Angriffe von erheblicher Intensität unter Artikel 5 des Nordatlantikvertrages subsumieren zu können, nicht ausgeschlossen werden. Die NATO müsse im Bereich der *Cyber*-Sicherheit mit Partnern, auch mit Russland, kooperieren. Unter Aufrechterhaltung des unbeschränkten Internetzugangs müssten universelle Verhaltensregeln für die Internetnutzung eingeführt werden. Das Internet müsse dabei nicht nur als potentielle Bedrohung, sondern vor allem als Multiplikator demokratischer Werte angesehen werden. Die Einführung von Sicherheitsmaßnahmen im Internet müsse durch Parlamente und Öffentlichkeit kontrolliert werden können. Zum Entschließungsentwurf wurden sieben Änderungsanträge eingebracht, von denen vier angenommen, einer abgelehnt und zwei zurückgezogen wurden. In entsprechend geänderter Fassung wurde der Entschließungsentwurf verabschiedet.

XI. Personalien

Alle Funktionsträger des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit und des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“, die wiedergewählt werden konnten, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als neue Funktionsträgerinnen und Funktionsträger wurden gewählt: **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) zum Ausschussvorsitzenden, die Abgeordnete **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) und der Abgeordnete **Enzo Bianco** (Italien) zu stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) zur Generalberichterstatterin und die Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“. Der Abgeordnete **Juozas Olekas** (Litauen) wurde zum Mitglied im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat gewählt. Die Abgeordnete **Ulla Schmidt** wurde zum stellvertretenden Mitglied in diesem Gremium gewählt.

XII. Geplante Aktivitäten im Jahr 2012

Für das Jahr 2012 standen Besuchsreisen des Ausschusses bzw. Unterausschusses in den arabischen Raum, in die Türkei und nach Russland zur Diskussion. An Berichtsthemen wurden die Entwicklungen im Rahmen des Arabischen Frühlings, die Entwicklungen in Russland und die Migrations- und Flüchtlingsproblematik im Mittelmeerraum vereinbart.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am 9. Oktober 2011 unter dem Vorsitz von **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich), die den an der Teilnahme in Bukarest verhinderten Ausschussvorsitzenden Abgeordneten **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) vertrat.

I. Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: der Beitrag Rumäniens zum Raketenabwehrsystem der NATO, *Cyber*-Abwehr in der NATO, Begegnung der Gefahr durch biologische und chemische Waffen, Anschläge in Afghanistan durch Sprengfallen und die Versorgungssicherheit mit Wasser und Lebensmitteln als ein Element der euroatlantischen Sicherheit.

II. Vortrag des Ständigen Vertreters Rumäniens bei der NATO, Botschafter Sorin Dumitru Ducaru, zum Thema „Der Beitrag Rumäniens zum Raketenabwehrsystem der NATO und die Zusammenarbeit mit Russland bei diesem System“

In seinem Vortrag stellte Botschafter **Sorin Dumitru Ducaru** drei Aspekte des Abwehrsystems in den Vordergrund: die aktuelle Haltung der NATO zur Raketenabwehr, der Beitrag Rumäniens zu dem System und Russlands Kooperation bei der Raketenabwehr. Begonnen habe die Debatte in den neunziger Jahren, als es darum

gegangen sei, Bodentruppen gegen potenzielle Raketenangriffe zu schützen. Etwa zwanzig Jahre später seien die Staats- und Regierungschefs übereingekommen, ein gemeinsames Abwehrsystem zum Schutz des Bündnisgebiets aufzubauen. Daran sei seit 2010 Rumänien beteiligt, das zum Abfangen gegen die NATO gerichteter Raketen eine bodengestützte Basis bis 2015 betriebsbereit haben werde. Russland sei von der NATO eingeladen worden, zu prüfen, ob und inwieweit es sich an diesem Projekt beteiligen wolle. Russland präferiere ein gemeinsam betriebenes System, die NATO hingegen befürworte zwei getrennte Anlagen mit gemeinsamen Schnittstellen und Verantwortlichkeiten. Aufgrund dieser unterschiedlichen Interessenlage fordere Russland von der NATO eine Garantie, weder von der Allianz noch von den USA je angegriffen zu werden. Daraufhin sei eine Charta formuliert worden, wodurch Russland in den Datenaustausch und ein gemeinsames Kommandozentrum einbezogen werde.

In der anschließenden Debatte kritisierte Senator **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) die ablehnende Haltung des Westens gegenüber einem gemeinsamen Abwehrsystem ebenso wie die mangelnde Kooperationsbereitschaft; offenbar werde die positive politische Großwetterlage, die sich in den vergangenen 20 Jahren eingestellt habe, von der NATO nicht wahrgenommen. Botschafter **Sorin Dumitru Ducaru** bestätigte die gute Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und NATO und nannte Zahlen und Daten des Abwehrsystems, die belegten, dass es rein defensiven Charakter haben werde. Auf die Frage der Abgeordneten **Teresa Riera Madurell** (Europäisches Parlament) nach den Kosten des Systems antwortete Botschafter **Sorin Dumitru Ducaru**, es werde die 28 Länder der Allianz zirka 300 Millionen Euro über zehn Jahre verteilt kosten.

III. Vortrag von Jason Healey, Leiter der *Cyber Statecraft Initiative*, zum Thema „NATO und Cyber-Sicherheit: ein Blick zurück und nach vorn“

Jason Healey begann seinen Vortrag mit einem Rückblick auf die ersten gegen NATO-Einrichtungen gerichteten *Cyber*-Angriffe in den neunziger Jahren. Damals führte die NATO gerade ihre Militäroperationen im Kosovo durch, als z. B. die Internetseite des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte in Europa (*Supreme Headquarters Allied Powers Europe*, SHAPE) wie auch die mehrerer Regierungsstellen in den USA attackiert worden seien. Dahinter hätten in aller Regel junge Leute gestanden, die so auf sich aufmerksam machen wollten. 2011 hingegen hätten mehrere Gruppen – unter ihnen *Anonymous* – vergleichsweise harmlose Angriffe gefahren. Im Juni 2011 hätten die NATO-Verteidigungsminister die neue *Cyber Defence Policy* der NATO verabschiedet, um nicht nur militärische Einrichtungen, sondern die Infrastruktur ihrer Länder insgesamt gegen Hackerangriffe zu schützen.

Die erste Frage stellte der Abgeordnete **Stephen Gilbert** (Vereinigtes Königreich), der wissen wollte, wie die Streitkräfte bei der Einstellung junger Rekruten auf die veränderten Anforderungen reagierten. **Jason Healey** räumte ein, dass es sehr schwer sei, geeignete Bewerber für dieses Anforderungsprofil zu finden, noch schwerer

sei es jedoch, qualifizierte Leute zu halten, da z. B. Banken und Privatfirmen diese Spezialisten mit deutlich besseren Konditionen abwerben würden. Darüber hinaus seien die Computerfreaks in ihrem Lebensstil oft eigenwillig, könnten sich mit den hergebrachten Arbeitszeiten und -orten nicht recht anfreunden. Eine Lösung des Fachkräftemangels könnte für die NATO im *pooling and sharing* bestehen. Die Abgeordnete **Harriett Bardwin** (Vereinigtes Königreich) wollte wissen, wie man Hacker strafrechtlich belangen könne, die aus entlegenen Ländern ihre Angriffe steuerten. **Jason Healey** bestätigte, dass es rechtliche Schwachstellen gebe und plädierte für eine engere internationale Kooperation. Als gutes Beispiel für gelungene Zusammenarbeit erwähnte er, dass z. B. große IT-Firmen wie CISCO die Polizei oder andere staatliche Einrichtungen bei der IT-Ausbildung durch die Entsendung von Fachleuten unterstützten.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Abwehr biologischer und chemischer Gefahren und Bedrohungen: Der Weg in die Zukunft“ vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter David Scott (Vereinigte Staaten)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) unterstrich die Notwendigkeit, der Bedrohung durch chemische wie biologische Waffen, deren Herstellung immer einfacher werde, zu begegnen. Gegenwärtig versuche Al-Qaida an größere Mengen von Rizinussamen, aus denen das hochtoxische Rizin gewonnen werde, zu gelangen. Nach Geheimdienstinformationen förderten auch einige Staaten die Herstellung biologischer und chemischer Waffen. Ihre Kontrolle sei deshalb besonders erschwert, weil die bei der Herstellung verwendete Technologie *dual use* sei; weltweit forschten Wissenschaftler mit hoch toxischem Material mit dem Ziel, die Gesundheit bzw. Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Da sei es schwer, die Balance zu finden zwischen Exportbeschränkungen und dem notwendigen Technologieaustausch zwischen Forschungseinrichtungen. Unterdessen seien Wissenschaftler weltweit bemüht, Impfstoffe gegen biologische Waffen zu entwickeln. Senator **Luc Sevenhans** (Belgien) gab zu bedenken, dass es keine absolute Kontrolle bei den Biowaffen gebe und forderte gleichwohl eine Verbesserung der bestehenden Kontrollmechanismen. Der Abgeordnete **David Scott** räumte ein, dass es bislang keine globale Übereinkunft zu den biologischen Waffen gebe, was aus seiner Sicht einer verstärkten Kontrolle entgegenstehe. Vertreter der Russischen Föderation baten den Berichterstatter um einige Korrekturen und Ergänzungen in seinem Bericht, die von David Scott akzeptiert wurden.

V. Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Die Abwehr chemischer und biologischer Gefahren und Bedrohungen“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter David Scott (Vereinigte Staaten)

Anknüpfend an seinen Bericht fasste der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) die Grundaussagen zu

den Bedrohungen durch biologische und chemische Waffen – vereinfachte Verfahren zur Herstellung und nachweisbares Interesse von Terrororganisationen, in Besitz dieser Stoffe zu gelangen – zusammen und erläuterte den operativen Teil des Entschließungsentwurfes. Die NATO-Staaten sollten ihre Maßnahmen zur Abwehr biologischer und chemischer Waffen bündeln. Ferner sollten Programme aufgelegt werden, um Wissenschaftlern Anreize zu bieten, in den zivilen Forschungsbereich zurückzukehren. Auch sollte die Zivilbevölkerung für den Fall geschult werden, dass ein Angriff mit diesen Waffen erfolgt. Die Ausschussmitglieder verabschiedeten die Entschließung.

VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Bekämpfung des Aufstands in Afghanistan: Low-Tech Gefahren, High-Tech Lösungen“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Der Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) knüpfte an seinen Sonderbericht vom Frühjahr zu den unkonventionellen Sprengfallen (*improvised explosive device*, IED) und dem Einsatz unbemannter Systeme an und stellte fest, dass mehr Einsatzkräfte und Zivilisten in Afghanistan durch diese unkonventionellen Sprengfallen getötet worden seien als durch unmittelbare militärische Konfrontation. Die Zahl der Getöteten sei zwar leicht rückläufig, weil inzwischen mehr IEDs detektiert als hergestellt würden, jedoch änderten die Attentäter ständig ihre Strategie. Die ISAF könne mit den IEDs inzwischen besser umgehen, in Deutschland sei ein spezielles Trainingslager eingerichtet worden, das Soldaten vor ihrem Afghanistaneinsatz durchliefen. Mithilfe von Drohnen seien unkonventionelle Sprengfallen und die Logistik für ihre Produktion aufzufindig zu machen. Auch bei der Terrorbekämpfung spielten die unbemannten Systeme aus amerikanischer oder britischer Produktion eine entscheidende Rolle. Die circa 2 000 in Afghanistan eingesetzten Drohnen versorgten ISAF mit wichtigen Aufklärungsdaten. Bei den Rückzugsplänen sei zu überlegen, wodurch die unbemannten Systeme ersetzt werden und ob eine gewisse Anzahl davon der afghanischen Armee überlassen werden könnten. Umstritten sei der Drohneinsatz in Pakistan zur Eliminierung hoher Al-Qaida-Vertreter gewesen. Neben der ethischen Bewertung stehe auch das Problem der zivilen Opfer im Zuge der Drohnenangriffe. Ohne Änderungen nahmen die Ausschussmitglieder den Bericht an.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie und Umweltsicherheit“ über „Eine gesicherte Nahrungsmittel- und Wasserversorgung: Die Auswirkungen auf die euroatlantische Sicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) leitete seine Ausführungen mit dem Hinweis ein, dass Versorgungssicherheit mit Nahrung international zu den wichtigsten Zielen gehören müsse angesichts der Tat-

sache, dass im Jahr 2050 die Weltbevölkerung auf knapp zehn Milliarden Menschen angestiegen sein werde. Schon heute seien 950 Millionen Menschen mangelernährt, zwölf Millionen am Horn von Afrika hungerten. Verschärft werde die Situation durch Preissprünge bei Lebensmitteln, die zum Teil im Preisauftrieb beim Rohöl, einer mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt haltenden Nahrungsproduktion und in Rohstoffspekulationen ihre Ursache hätten. Trotz der auch die wohlhabenden Länder belastenden Finanzkrise dürften die G 20 nicht von ihrer zugesagten Lebensmittelhilfe abweichen. In diesem Szenario verfolgten die einzelnen Länder verständlicherweise Eigeninteressen; für Brasilien z. B. habe die – vielerorts kritisierte – Produktion von Biosprit einen wirtschaftlichen Schub bedeutet. Einen Ausweg aus der sich abzeichnenden Nahrungsmittelknappheit sah Philippe Vitel in verstärkten Investitionen in die landwirtschaftliche Forschung und Infrastrukturprojekte vor Ort. Skeptisch bewertete der Berichterstatter die Erprobung und Entwicklung genveränderter Pflanzen.

Die Diskussion eröffnete der Abgeordnete **Osman Askin Bak** (Türkei) mit einigen ganz konkreten Änderungsvorschlägen zu Passagen im Bericht, die sich auf die Wassernutzung in seinem Land beziehen und weitgehend vom Berichterstatter übernommen wurden. Der Abgeordnete **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) bewertete die Zukunft der Nahrungssicherheit etwas positiver und verwies dabei auf den technologischen Fortschritt auf dem Agrarsektor. Ferner plädierte er für eine Liberalisierung in diesem Bereich und sprach sich gegen eine Förderung kleiner Agrarbetriebe aus. Der Abgeordnete **Abdelkrim Harchaoui** (Algerien) bedauerte, dass wertvolles Getreide zur Biospritproduktion angebaut werde, und bezweifelte im Übrigen, ob die G 20 ihr Versprechen, Hilfsmittel zu Verfügung zu stellen, einhalten würden.

VIII. Personalien

Drei Vakanzen waren beim Hauptausschuss und dem Unterausschuss zu besetzen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses wurde der Abgeordnete **Andrius Mazuronis** (Litauen) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ wurden die Abgeordnete **Caroline Dinéage** (Vereinigtes Königreich) und der Abgeordnete **Stephen Gilbert** (Vereinigtes Königreich).

IX. Geplante Aktivitäten im Jahr 2012

Für das Jahr 2012 plant der Ausschuss einen Besuch in Washington sowie in Svalbard (Norwegen). Thematisch werden weiterhin der Klimawandel, Umweltsicherheit und die neuen Gefahren im virtuellen Raum im Vordergrund stehen.

Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 7. Oktober 2011, unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter

Dr. Karl A. Lamers (Deutschland). Inhaltlich beschäftigte sich der Ausschuss mit den politischen Entwicklungen und der Sicherheitslage in Afghanistan.

I. Vortrag des Abgeordneten **Khalid A. Pashtoon**, Erster Vizepräsident des afghanischen Unterhauses und Leiter der afghanischen Delegation in der NATO PV

Die Sicherheitslage in Afghanistan, so der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan), habe sich im ländlichen Raum zwar verbessert, in den Städten hätten die Taliban aber in der letzten Zeit eine Serie zielgerichteter Anschläge auf einzelne Personen verübt, unter ihnen der Vorsitzende des Hohen Friedensrates und ehemalige Präsident Burhanuddin Rabbani. Diese Anschläge wirkten sich erheblich auf die politische Stimmung im Land und auf den Friedensprozess mit den Taliban aus. Vieles deute darauf hin, dass die Drahtzieher der Anschläge in Pakistan säßen und mit dem pakistanischen Geheimdienst in Verbindung stünden. Der afghanische Präsident Hamid Karzai beabsichtige daher, zukünftig nicht mehr mit den Taliban in Afghanistan, sondern mit den Hintermännern in Pakistan zu verhandeln, und auch die internationale Gemeinschaft nehme zur Kenntnis, dass die Sicherheitslage in Afghanistan aus dem Ausland beeinflusst werde. Zu den zentralen Problemen Afghanistans gehöre außerdem nach wie vor der Drogenanbau, der eine entscheidende Einnahmequelle für die Taliban darstelle. Weitere Herausforderungen lägen in der Bekämpfung der Korruption und in der Schaffung der Voraussetzungen für eine gute Regierungsführung.

In der nachfolgenden Debatte erkundigte sich der Abgeordnete **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich), inwieweit die afghanische Regierung die Beachtung von Frauenrechten nach Ende des Transitionsprozesses gewährleisten könne. Der Abgeordnete **José Lello** (Portugal) fragte nach der Entwicklung der afghanischen Sicherheitskräfte, und der Abgeordnete **Sever Voinescu-Cotoi** (Rumänien) forderte Belege für die Annahme, offizielle Stellen in Pakistan seien in die Vorbereitung von Anschlägen in Afghanistan involviert gewesen. Abgeordneter **Khalid A. Pashtoon** versicherte, Afghanistan strebe bis zum Abschluss der Transitionsphase Ende 2014 die komplette Kontrolle über die afghanische Armee und Polizei an. In den letzten zwei bis drei Jahren seien im Hinblick auf Ausbildung und Qualität der Sicherheitskräfte immense Fortschritte erzielt worden, und die Fähigkeiten der Soldaten und Polizisten verbesserten sich täglich. Der Aufbau der Armee habe die Polizei außerdem von Aufgaben entlastet. Das größte Problem in der Polizei sei derzeit die Korruptionsanfälligkeit. Für die starke Unterstützung, die die Taliban in Teilen Pakistans genossen, gebe es Augenzeugenberichte. Nach dem Mord an Burhanuddin Rabbani seien außerdem Telefongespräche aus Afghanistan nach Pakistan aufgezeichnet worden, in denen von diesem „Erfolg“ berichtet worden sei. Die größte Gefahr für die Rechte der Frauen in Afghanistan sei die mögliche Rückkehr der Taliban. Derzeit seien etwa ein Drittel der Parlamentsmitglieder weiblich, so dass Frauen an entscheidender Stelle die Geschicke ihres Landes mitbestimmen könnten. Dieser

positiven Einschätzung widersprach die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland). Sie zeigte sich sehr besorgt darüber, dass der Zugang zu Bildungsangeboten für Mädchen und Frauen nach wie vor sehr beschränkt sei und sich Berichten nach sogar verschlechtert habe, insbesondere in ländlichen Gebieten. Frauenrechte existierten in Afghanistan nur auf dem Papier, denn Frauen hätten Angst, diese Rechte tatsächlich in Anspruch zu nehmen.

Die Abgeordneten **Leon Benoit** (Kanada) und **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) erkundigten sich nach der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Afghanistan und Pakistan, insbesondere vor dem Hintergrund eines Besuchs von Präsident Hamid Karzai in Indien, und nach dem Einfluss Chinas und Russlands in der Region. Der Abgeordnete **Loïc Bouvard** (Frankreich) fragte, ob es nach wie vor Verbindungen zwischen den Taliban und dem Terrornetzwerk Al-Qaida gebe. Abgeordneter **Khalid A. Pashtoon** verteidigte den Besuch von Hamid Karzai in Indien. Der Besuch sei seit langem geplant gewesen und Indien leiste in Afghanistan wertvolle Entwicklungshilfe. China hingegen habe in der Vergangenheit Pakistan politisch unterstützt. Zwischen Russland und Afghanistan gebe es nach wie vor eine enge Verbindung. Russland habe langjährige Erfahrungen in Afghanistan, und viele Afghanen verstünden die russische Sprache und Kultur. Einige seien sogar in Russland ausgebildet worden. Zudem habe Russland ein großes Interesse an der Verbesserung der Sicherheitslage in der Region und an der Eindämmung des Drogenhandels. Der Senator **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) stimmte dieser Einschätzung zu. Die Stabilisierung der Lage in Afghanistan sei eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Russland unterstütze den Einsatz der NATO daher sowohl politisch als auch praktisch durch die Bereitstellung von Transitstrecken. Derzeit seien die Erfolge der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan aber fragwürdig, denn Terrorgruppen würden nicht besiegt, sondern aus dem Land getrieben. Ihre Präsenz in den zentralasiatischen Republiken erfülle Russland mit großer Sorge. Die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft sollten sich mehr auf politische als auf militärische Maßnahmen konzentrieren, insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung von Drogenanbau und -handel und auf die Verbesserung der Beziehungen zu Pakistan. Auch die Abgeordnete **Ulla Schmidt** forderte die stärkere Fokussierung auf diejenigen Nachbarländer Afghanistans, die Rückzugsorte für Terroristen sein könnten. Vor dem Hintergrund des Verdachts, dass staatliche Stellen in Pakistan mit den Taliban kooperierten, sei es fraglich, ob der bisher ausgeübte diplomatische Druck auf Pakistan ausreiche. Der Versöhnungsprozess in Afghanistan müsse aber verstärkt vorangetrieben werden. Darauf erwiderte Abgeordneter **Khalid A. Pashtoon**, die Versöhnung zwischen den Menschen in Afghanistan sei schon auf gutem Wege, allerdings würden die Taliban durch radikale Kräfte in Pakistan an Friedensverhandlungen gehindert.

Auf die Frage der Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) nach dem Umgang des afghanischen Parlaments mit dem von Präsident Hamid Karzai eingesetzten Sondertribunal zur Aufklärung von Wahlbetrug nach der Parlamentswahl im Jahr 2010 erklärte Abgeordneter **Khalid A. Pashtoon**,

das Parlament erkenne das Sondertribunal nach wie vor nicht an, sondern halte die Wahlprüfungskommission für das zuständige Gremium. Diese habe kürzlich nach ausführlicher Prüfung des Wahlverfahrens beschlossen, neun gewählten Abgeordneten wegen Wahlbetrugs das Mandat zu entziehen, aber nicht 62 Parlamentariern, wie vom Sondertribunal gefordert. Auch gegen diese Lösung gebe es jedoch noch Widerstand von Parlamentariern, die deshalb die gesamte parlamentarische Arbeit boykottierten. Es gebe jedoch Anzeichen dafür, dass diese Situation demnächst gelöst werden könne.

Plenarsitzung

Am Montag, 10. Oktober 2011, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), die Plenarsitzung statt.

I. **Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Dr. Karl A. Lamers (Deutschland)**

Präsident **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) wies in seiner Eröffnungsansprache auf das sich verändernde Sicherheitsumfeld der NATO hin. Die Allianz müsse sich diesen Veränderungen anpassen, wenn sie weiterhin ihre Rolle als Verteidigungsbündnis ausfüllen wolle. Der Umsetzung des auf dem NATO-Gipfel 2010 in Lissabon beschlossenen neuen Strategischen Konzepts komme daher oberste Priorität zu. Einige Inhalte des neuen Strategischen Konzepts wolle er gesondert ansprechen: So gehe dem rumänischen Staat im Hinblick auf die geplante Errichtung eines Raketenabwehrschirms in Europa Dank für die Bereitschaft, Komponenten dieses Systems auf rumänischem Staatsgebiet zu stationieren. Eine entsprechende Vereinbarung sei kürzlich mit den Vereinigten Staaten geschlossen worden. Die NATO habe außerdem beschlossen, das Thema *Cyber*-Sicherheit vorrangig verfolgen zu wollen. Dies werde durch die NATO PV aktiv unterstützt. Die Versammlung könne dazu beitragen, diese Problematik weitreichend bekannt zu machen. Die NATO-Einsätze in Afghanistan und Libyen hätten gezeigt, welche Bedeutung die NATO-Partnerschaften für das Bündnis erlangt hätten. Kritikwürdig sei leider immer noch die sich nur langsam entwickelnde Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU. Die Entwicklungen in Afghanistan und in der arabischen Welt hätten außerdem die Rolle von Frauen in Sicherheitsfragen verdeutlicht. Ein dauerhafter Frieden in der Welt sei ohne die Gewährung gleicher Rechte für Frauen und Männer nicht vorstellbar. Vor diesem Hintergrund sei die kürzlich erfolgte Verleihung des Friedensnobelpreises an drei afrikanische Frauen, die liberianische Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf, die jemenitische Journalistin Tawakkul Karman sowie die liberianische Aktivistin Leymah Gbowee, besonders begrüßenswert. Die derzeitige Finanzkrise, die große Einschränkungen für die öffentlichen Haushalte zur Folge habe, werde auch die Verteidigungspolitik der NATO-Mitgliedstaaten beeinflussen. Die Zusammenlegung von Ressourcen und Kapazitäten sei für die Mitgliedstaaten daher alternativlos.

Auch über das neue Strategische Konzept hinaus habe die NATO für das Jahr 2012 eine umfangreiche Agenda. So stelle der Arabische Frühling eine weitere Priorität dar. Er habe, so der Präsident, vor zwei Wochen eine Reise nach Tunesien unternommen und sei von den positiven Folgen der sogenannten „Jasminrevolution“ sehr beeindruckt gewesen. Er habe den Eindruck gewonnen, Tunesien sei sich bewusst, dass die Entwicklung des Landes als vorbildhaft für die arabische Welt betrachtet werde. Die NATO PV, insbesondere die Mitgliedstaaten, die selber eine Transition hinter sich hätten, könnten bei diesem Prozess Unterstützung anbieten. Viel schwieriger als in Tunesien sei jedoch die Lage in Libyen, wo die NATO unter der rechtlichen Ägide der VN und mit Zustimmung der Afrikanischen Union die Operation *Unified Protector* durchgeführt habe, sowie in Syrien, wo es jetzt darauf ankomme, Präsident Bashar al-Assad zur Erfüllung der Forderungen der Bevölkerung zu bewegen.

Der Präsident dankte den am Einsatz der NATO in Afghanistan beteiligten Soldatinnen und Soldaten für ihren aufopferungsvollen Einsatz, gedachte der Gefallenen und würdigte diejenigen, die während ihres Einsatzes physische und psychische Verletzungen erlitten haben. Er begrüßte die Entscheidung der Versammlung, die Gesprächskanäle zur russischen Delegation wieder zu öffnen und rief dazu auf, trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten gemeinsame Interessen weiterzuverfolgen. Der NATO PV komme insbesondere im Hinblick auf die Einbeziehung der Öffentlichkeit in Themen des Bündnisses eine besondere Bedeutung zu. Insofern sei das Video über die Arbeit der Versammlung, das derzeit produziert werde, ein wichtiger Beitrag.

II. **Ansprache des Präsidenten des rumänischen Senats, Mircea Dan Geoană**

Senatspräsident **Mircea Dan Geoană** thematisierte in seiner Ansprache das strukturelle Problem absinkender Verteidigungshaushalte in den Mitgliedstaaten der NATO, das gelöst werden müsse. Der von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen propagierte Ansatz der *smart defence* sei dafür der richtige Weg. Eine enge Zusammenarbeit der transatlantischen Gemeinschaft könne dazu führen, dass die Allianz auch weiterhin auf den Gebieten technische Entwicklung und Innovation führend sein werde. Im Hinblick auf die Erweiterungspolitik der NATO vertrat der Senatspräsident die Auffassung, dass früher oder später jedes Land, das Interesse an einer Mitgliedschaft in der NATO habe, aufgenommen werden solle. Rumänien habe selbst die Erfahrung gemacht, dass die konsequente Verfolgung eines Reformkurses zu diesem Ergebnis führen könne. Heute leiste Rumänien als NATO-Mitglied wichtige Beiträge zur Erfüllung der Aufgaben des Bündnisses. So werde der Vertrag, mit dem sich Rumänien zur Aufnahme von Komponenten des geplanten Raketenabwehrschirms für Europa verpflichte, bis zum Jahresende in beiden Kammern des rumänischen Parlaments angenommen werden. Für die Dynamik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten sei die NATO PV ein gutes Beispiel. Es sei an der

Zeit, auch die Zusammenarbeit mit Ländern der arabischen Welt zu vertiefen.

III. Ansprache der Präsidentin des rumänischen Abgeordnetenhauses, Roberta Anastase

Präsidentin **Roberta Anastase** bezog sich in ihrer Ansprache ebenfalls auf die Stationierungsvereinbarung für den Raketenabwehrschirm und erklärte, keine im rumänischen Parlament vertretene Partei spreche sich gegen dieses Abkommen aus. Vielmehr liege die Stationierung im nationalen Interesse Rumäniens und stelle die Bündnistreue des Landes unter Beweis. Rumänien betrachte sich als Land mit sehr pro-atlantischer Ausrichtung und halte es für wesentlich, den Geist des Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zu erhalten.

IV. Ansprache des rumänischen Präsidenten, Traian Băsescu

Staatspräsident **Traian Băsescu** würdigte die Arbeit der NATO PV, die Menschen mit unterschiedlichen Positionen miteinander ins Gespräch bringe, so dass im Ergebnis Empfehlungen für das Handeln der Exekutive abgegeben werden könnten. Die NATO biete für die Sicherheitsherausforderungen der modernen Welt den idealen Rahmen. Kein Staat sei mehr in der Lage, eigenständig seine Sicherheit zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund glaube er, die Menschen in den NATO-Mitgliedstaaten hätten Verständnis für die Beibehaltung der Verteidigungshaushalte in der derzeitigen Höhe, da ansonsten ihr Lebensstil in Gefahr geriete.

Der Präsident ging nachfolgend auf aktuelle Herausforderungen für die NATO ein. Zwar habe das Bündnis in Libyen einen wichtigen Erfolg erzielt und die Operation *Unified Protector* sei ein Signal an andere Staaten, dass die NATO unter bestimmten Umständen zum Eingreifen bereit sei. Jetzt komme es aber darauf an, eine mögliche Infiltrierung der revolutionären Kräfte durch Terroristen zu vermeiden. Nach dem Sturz des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi habe die NATO die Aufgabe, die internationale Staatengemeinschaft bei der Umsetzung der von den VN definierten Maßnahmen zu unterstützen. Da die Relevanz der NATO besonders auf ihre Abschreckungsfähigkeit zurückginge, sei der geplante Raketenabwehrschirm von so großer Bedeutung. Als Staat an der Ostgrenze der NATO sei Rumänien über Rüstungsentwicklungen im ballistischen Bereich besonders beunruhigt, lege aber Wert auf die Feststellung, dass es sich bei den in Rumänien zur Aufstellung bestimmten Raketen lediglich um Defensivwaffen handle. Besondere Bedeutung messe Rumänien der Partnerschaftspolitik der NATO bei, die für das Konzept der globalen Sicherheit wesentlich sei. Die NATO müsse weitere Partnerschaftsformate entwickeln. Zudem begrüße Rumänien die Fortsetzung der Beitrittspolitik der NATO und unterstütze insbesondere die transatlantische und europäische Integration der Staaten des Westbalkans. Allerdings werde Rumänien die Souveränität des Kosovo weiterhin nicht anerkennen, solange keine Einigung mit Serbien erreicht

sei. Darüber hinaus sei für Rumänien die Schwarzmeerregion von entscheidender Bedeutung. Rumänien unterstütze daher sowohl die territoriale Integrität der Republik Moldau als auch die Zusammenarbeit mit der Ukraine.

V. Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Anders Fogh Rasmussen

In seiner Ansprache knüpfte NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** an die Beiträge seiner Vorrednerin und seiner Vorredner an und dankte Rumänien für den wichtigen Beitrag, den es in der NATO leiste. Er verwies auf einen Kommentar auf der *Facebook*-Seite der NATO, in dem libysche Bürger dem Bündnis für seinen Einsatz gedankt hätten. Eine solide Finanzpolitik im Bündnis werde auch zukünftig eine solide Sicherheitspolitik ermöglichen. Allerdings sei die Diskrepanz im Hinblick auf die Fähigkeiten der Bündnispartner immer größer geworden. Zwar sei die Operation *Unified Protector* in Libyen erstmals vorrangig durch europäische Streitkräfte bestritten worden, diese seien jedoch von Fähigkeiten abhängig gewesen, die nur die Vereinigten Staaten hätten zur Verfügung stellen können. Angesichts der herrschenden Finanzprobleme liege die Lösung daher in einem besseren Einsatz vorhandener Mittel, nicht in der Erhöhung der bereitgestellten Mittel. Dies sei nur über eine Vernetzung der Fähigkeiten unter den Bündnispartnern zu erreichen. Die Partnerschaftspolitik der NATO, die schon seit längerem ausgebaut werde, habe es der Allianz ermöglicht, sich von Beginn der Operation in Libyen an auf Partner in der Region stützen zu können. Intensive Partnerschaften seien auch der Schlüssel zur Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan. Für den kommenden NATO-Gipfel im Mai 2012 definierte der Generalsekretär folgende Ziele: die Planung der Unterstützung Afghanistans durch die internationale Gemeinschaft über das Jahr 2014 hinaus; den Ausbau der Fähigkeiten der NATO; den Aufbau des geplanten Raketenabwehrschirms; die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation; den Ausbau der NATO-Partnerschaften; die Aussendung eines starken Signals für ein Engagement der Allianz in Nordafrika und im Nahen Osten.

In der nachfolgenden Debatte gingen Mitglieder der Versammlung schwerpunktmäßig auf die NATO-Einsätze in Libyen und in Afghanistan sowie auf die Errichtung des geplanten Raketenabwehrschirms für Europa ein. So unterstützte der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) die Auffassung des NATO-Generalsekretärs, die Europäer seien bei der Operation *Unified Protector* von logistischer Hilfe der Vereinigten Staaten abhängig gewesen. Er warf die Frage auf, warum die Vereinigten Staaten sich zurückgehalten und Frankreich und dem Vereinigten Königreich die Führung des Einsatzes überlassen hätten. Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) erkundigte sich nach dem Wahrheitsgehalt von Berichten, in Libyen seien Waffen des Bündnisses verloren gegangen. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der Einschätzung des Generalsekretärs zum Stand der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Der Abgeordnete **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach der Haltung der

NATO zu Atomwaffen, ein türkisches und ein spanisches Mitglied der Versammlung sprachen die geplante Errichtung des Raketenabwehrschirms an. **Anders Fogh Rasmussen** widersprach dem Eindruck, das Bündnis sei über die Führung des Einsatzes in Libyen uneinig gewesen. Vielmehr habe die Abstimmung vor Beginn des Einsatzes lediglich sechs Tagen gedauert, vor Beginn des Kosovo-Einsatzes seien es noch sechs Monate gewesen. Es sei richtig, dass manche Verbündete unbedingt in die Entwicklung ihrer Fähigkeiten investieren müssten, insbesondere im Hinblick auf Aufklärung, Überwachung und Nachrichtendienste. Dies sei ein Thema für den kommenden NATO-Gipfel in Chicago. Die Waffenkontrolle in Libyen sei nun Aufgabe der Übergangsregierung. Die NATO sei nur für die Umsetzung des VN-Mandats zuständig. Die afghanischen Sicherheitskräfte entwickelten sich sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Soldaten und Polizisten als auch auf die Qualität ihrer Ausbildung positiv. Es erscheine nicht ausgeschlossen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte der Bewältigung der komplexen Sicherheitsherausforderungen gewachsen sein würden. Der Übergang der Verantwortung werde daher im Zeitraum Juli 2011 bis Ende 2014 wie geplant vollzogen. Im Hinblick auf nukleare Waffen verwies der Generalsekretär auf den Beschluss des NATO-Gipfels von Lissabon im November 2010, der als Abschreckungsarsenal des Bündnisses eine Mischung aus konventionellen und nuklearen Waffen sowie den Raketenabwehrschirm vorsehe. Er begrüßte die Bereitschaft der Türkei, Rumäniens und Spaniens, Elemente des Raketenabwehrschirms auf ihrem Staatsgebiet zu stationieren. Außerdem hätten die Niederlande den Aufbau einer Radaranlage angeboten. Die Solidarität innerhalb des Bündnisses funktioniere also. Geplant sei, Abfangeinrichtungen zunächst auf Schiffen zu stationieren, sie später aber gegebenenfalls durch bodengestützte Einrichtungen zu ergänzen. Das Raketenabwehrsystem sei für Europa ein gutes Geschäft, da die Vereinigten Staaten ihr bereits vorhandenes System zur Verfügung stellten. Auf die Frage eines französischen Mitglieds zur Umsetzung der beschlossenen NATO-Reform antwortete der Generalsekretär, die Anzahl der Hauptquartiere werde im Zuge der Reform von elf auf sieben, die Anzahl der Agenturen von 14 auf drei verringert. Damit einher gingen Einsparungen im Personalbereich. Auch im NATO-Hauptquartier in Brüssel seien Veränderungen angestoßen worden.

VI. Diskussion mit Samira Hamidi, Länderdirektorin des *Afghan Women's Network*, und Generalmajor Karl Engelbrekton, militärischer Vertreter Schwedens bei der EU und der NATO, zum Thema „Gender und Sicherheit“

Samira Hamidi berichtete über die Situation und die Erwartungen der Frauen in Afghanistan. Sie sah einen wachsenden Einfluss und auch einen größeren Schutz von Frauen zum Beispiel durch die Ausbildung zu Polizistinnen gewährleistet. Die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ des VN-Sicherheitsrates müsse als Grundlage für die Perspektiven von Frauen und Männern in bewaffneten Konflikten angesehen werden. Die afgha-

nischen Frauen begrüßten grundsätzlich den begonnenen Prozess des Übergangs der Verantwortung für das Land in afghanische Hände. Sie forderten allerdings auch eine aktive Rolle im afghanischen Friedensprozess, damit die Frauen Afghanistans Teil dieses Prozesses werden könnten.

Generalmajor **Karl Engelbrekton** berichtete über seine Erfahrung mit der Rolle von Frauen bei friedenserhaltenden Einsätzen. Obwohl es noch nie eine Gesellschaft gegeben habe, in der Frauen keinen Einfluss gehabt hätten, bedürfe es offenbar einer Resolution des VN-Sicherheitsrates, um diesen Einfluss auch in den Streitkräften umzusetzen. Obwohl die Frage der Gleichbehandlung der Geschlechter eine Frage des Schutzes der Streitkräfte sei, werde sie in der militärischen Ausbildung noch nicht thematisiert. Es komme darauf an, die Gleichbehandlung der Geschlechter nicht als Problem, sondern als Lösung zu begreifen. Im Militär könnten Gleichberechtigungsfragen zudem über Befehle verhältnismäßig leicht kommuniziert werden und dadurch Eingang in militärische Überzeugungen finden. Wenn in bewaffneten Konflikten beispielsweise Vergewaltigungen als Waffe eingesetzt würden, müsse die NATO darauf reagieren. Beachtenswert sei jedoch auch das unterschiedliche Verhalten von Frauen und Männern in Konflikten. So habe es beispielsweise während eines Einsatzes auf dem Balkan eine Situation gegeben, in dem es nach dem Ende von Kampfhandlungen um die Entwaffnung der Konfliktparteien gegangen sei: Die Männer hätten dafür plädiert, ihre Waffen zum Schutz ihrer Familien behalten zu können, die Frauen hätten sich hingegen für eine Abgabe der Waffen eingesetzt.

In der Debatte erklärte die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland), die beiden Vorträge hätten verdeutlicht, wie viel noch zu tun sei, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen. An Samira Hamidi richtete sie die Frage, wie die internationale Gemeinschaft dazu beitragen könne, die formal bereits existierenden Frauenrechte in Afghanistan im praktischen Leben umzusetzen. Bei Generalmajor Karl Engelbrekton erkundigte sie sich, wie er sich die Einbeziehung von Frauen in Friedensmissionen vorstellen könne. Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) fragte nach dem Zugang afghanischer Mädchen zu Bildungsangeboten. Berichten nach zu urteilen, sei die Zahl afghanischer Mädchen, die tatsächlich regelmäßig zur Schule gingen, inzwischen rückläufig. **Samira Hamidi** erklärte, die Situation der Frauen in Afghanistan müsse differenziert betrachtet werden. Einerseits hätten Frauen in den letzten zehn Jahren wesentlich mehr Rechte und Einflussmöglichkeiten bekommen. So gebe es im Kabinett von Präsident Hamid Karzai mehrere Ministerinnen und auch im afghanischen Parlament säßen 68 weibliche Abgeordnete. Durch diese politische Beteiligung hätten Frauen in Afghanistan eine Stimme bekommen. Auf der anderen Seite hätten die Frauen nach wie vor das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Beispielsweise habe der Beraterrunde zum Fortgang des Friedensprozesses mit den Taliban, die Präsident Hamid Karzai nach der Ermordung des Vorsitzenden des Hohen Friedensrates und ehemaligen Präsidenten Afghanistans

Burhanuddin Rabbani einberufen habe, keine Frau angehört. Die Frauen schätzten das Engagement der internationalen Gemeinschaft und fürchteten einen wieder wachsenden Einfluss der Taliban nach dem Rückzug der internationalen Truppen. Die Bitte an die internationale Gemeinschaft sei daher, darauf zu drängen, dass Frauen an allen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Transitionsprozess beteiligt würden. Wichtig für die Eigenständigkeit von Frauen seien außerdem wirtschaftliche Garantien der internationalen Gemeinschaft für die Zeit nach 2014. In den vergangenen zehn Jahren habe es im wirtschaftlichen Bereich viele Projekte gegeben, die nicht nachhaltig gewesen seien. Notwendig sei daher eine Evaluierung der bisherigen Förderung. Wünschenswert sei außerdem eine Konsultation mit afghanischen Frauengruppen vor Auflegung neuer Programme. Der Bildungszugang für Mädchen sei tatsächlich oft nicht gewährleistet. Viele Familien ließen ihre Mädchen aus Angst um ihre Sicherheit nicht aus dem Haus. Die Schulen seien weit von den Wohnorten entfernt, so dass die Kinder oft bis zu drei Kilometer lange Fußmärsche zurücklegen müssten. Eine Lösung dafür könne die Einrichtung von Schultransporten sein. Hinzu käme das Problem, dass Mädchen oft bereits im Alter von 13 oder 14 Jahren verheiratet würden, um ihre Familien finanziell zu entlasten. Erforderlich sei daher eine bessere Unterstützung von Familien. Generalmajor **Karl Engelbrekton** antwortete auf die Frage der Abgeordneten Ulla Schmidt, obwohl keine *Road Map* für die Einbeziehung von Genderfragen in Friedensmissionen existiere, gebe es Entwicklungen auf praktischer Ebene. Ein Budget für Genderangelegenheiten sei aber wünschenswert.

Baroness Ramsey of Cartvale (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach den Vorteilen des Einsatzes von Soldatinnen und danach, wie deren Präsenz von afghanischen Männern wahrgenommen werde. Die Abgeordnete **Ragnheidur E. Arnadottir** (Island) fragte nach der Einbeziehung afghanischer Männer in den Kampf für Frauenrechte. Generalmajor **Karl Engelbrekton** erläuterte die Rolle von Soldatinnen auf Patrouillen oder bei Durchsuchungen. Eine Kommunikation mit afghanischen Frauen und Mädchen sei beispielsweise ausschließlich durch Frauen möglich. Da Männer und Frauen zudem unterschiedliche Wahrnehmungen hätten, ergebe die Beteiligung beider Geschlechter oft ein geschlosseneres Bild von Situationen. **Samira Hamidi** betonte ebenfalls die wichtige Rolle von NATO-Soldatinnen bei der Kontaktaufnahme mit afghanischen Frauen und rief dazu auf, den Austausch zwischen den Soldatinnen und afghanischen Frauengruppen zu vertiefen. Zwar arbeiteten Frauengruppen auch mit Männern zusammen, hätten aber Mühe, bei ihnen Akzeptanz zu finden. Das Rechtssystem in Afghanistan sei von Dschirgas geprägt, zu denen Frauen keinen Zugang hätten. Dies sei ein ernstes Problem.

VII. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Schatzmeisters der Versammlung

Der Präsident der NATO PV Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) wurde per Akklamation wiedergewählt.

Die Vizepräsidenten Abgeordneter **Petras Austrevicius** (Litauen), Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) und Abgeordnete **Jadwiga Zakrzewska** (Polen) wurden per Akklamation wiedergewählt. Außerdem wurden die Abgeordneten **Jeff Miller** (Vereinigte Staaten) und **Julio Miranda Calha** (Portugal) zu Vizepräsidenten der Versammlung gewählt.

Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) wurde per Akklamation als Schatzmeister der Versammlung wiedergewählt.

VIII. Beratung des Erklärungsentwurfs „Die Unterstützung des Übergangs in Afghanistan“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)

Der Erklärungsentwurf „Die Unterstützung des Übergangs in Afghanistan“ wurde vom Vizepräsidenten der Versammlung und Berichterstatter Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt. Aus der Mitte der Versammlung wurden eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht. Nach ausführlicher Debatte und Abstimmung über die Änderungsanträge wurde die Erklärung mit einigen Änderungen verabschiedet.

IX. Beratung der Entschließungsentwürfe

Der Entschließungsentwurf „Die Abwehr chemischer und biologischer Gefahren und Bedrohungen“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurde von Generalberichterstatter Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) vorgestellt und von der Versammlung angenommen.

Den Entschließungsentwurf des Politischen Ausschusses zum politischen Wandel im Nahen Osten und in Nordafrika stellte die Ausschussvorsitzende Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) stellvertretend für den Generalberichterstatter Abgeordneter Assen Agov (Bulgarien) vor. Nach kurzer Debatte wurde ein Änderungsantrag eingebracht, der aber abgelehnt wurde. Der Entschließungsentwurf wurde ohne Änderungen angenommen.

Der Entschließungsentwurf „Umgang mit einem schwierigen Finanzumfeld: Wirtschaftskrise, Finanzkonsolidierung und die Gefahr der strategischen Irrelevanz Europas“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit wurde durch den Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande) vorgestellt und nach kurzer Aussprache ohne Änderungen verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Unterstützung des libyschen Volkes“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde von dem Generalberichterstatter Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) vorgestellt. In der Debatte, an der sich mehrere Mitglieder der Versammlung beteiligten, erinnerte die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) daran, dass der libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi dazu aufgerufen habe, Vergewaltigungen von Frauen als strategisches Mittel der Kriegsführung einzusetzen, um dadurch den Feind zu schwächen. Diese menschenver-

achtende Anweisung habe auch die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton verurteilt. Zwei Änderungsanträge wurden eingebracht, beide wurden angenommen. In insoweit geänderter Fassung wurde der Erklärungsentwurf verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Cyber-Sicherheit“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit wurde von Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt und ohne Aussprache angenommen.

X. Abstimmung über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2012

Der Schatzmeister der Versammlung Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) erläuterte den Haushaltsentwurf

der Versammlung für das kommende Haushaltsjahr 2012. Der Entwurf wurde angenommen.

XI. Abstimmung über Änderungen der Geschäftsordnung

Auf Vorschlag des Ständigen Ausschusses beschloss die Versammlung, die Nennung der Versammlung der Westeuropäischen Union als Beobachter aus der Geschäftsordnung der NATO PV zu streichen. Die Versammlung der Westeuropäischen Union war zum 30. Juni 2011 aufgelöst worden.

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation
des Bundesrates

Entschließung 387

betreffend

Cyber-Sicherheit

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** des Nutzens, den der *Cyber*-Raum für unsere Gesellschaften und für den Verteidigungs- und Sicherheitssektor bietet, einschließlich der Möglichkeiten für ein besseres Lagebewusstsein und eine bessere Koordinierung unter den Streitkräften der Bündnispartner und für die öffentliche Diplomatie des Bündnisses;

2. jedoch auch **besorgt** über die Entstehung einer neuen Bedrohungskategorie, die auf die nationalen Informationsstrukturen abzielt und die Sicherheitsinteressen des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten ernsthaft unterminieren könnte;

3. **beunruhigt darüber**, dass die Fähigkeiten zur *Cyber*-Abwehr und das Bewusstsein von *Cyber*-Bedrohungen in den NATO-Mitgliedstaaten erheblich variieren, was die gesamte *Cyber*-Sicherheit des Bündnisses schwächt;

4. **mit Genugtuung** über die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs des Bündnisses auf dem NATO-Gipfel von Lissabon und der Sitzung der NATO-Verteidigungsminister im Juni 2011, die die *Cyber*-Sicherheit als eine der wichtigsten Prioritäten des Bündnisses definierten;

5. **mit Genugtuung** darüber, dass der Beschaffungsprozess gerade begonnen hat, volle Funktionsfähigkeit für die neue NATO-Politik für *Cyber*-Verteidigung zu erlangen, was zu einem erheblich höheren Schutzniveau für die Netze des Bündnisses führen wird;

6. **mit Genugtuung** über den Ansatz der NATO, der auf eine Ausweitung ihrer *Cyber*-Abwehrpolitik zwecks Aufnahme eines zentralen *Cyber*-Schutzes für alle NATO-Organen und der Nutzung der Verteidigungsplanungsprozesse der NATO bei der Entwicklung der *Cyber*-Abwehrfähigkeiten des Bündnisses abzielt;

7. überzeugt, dass angesichts des wachsenden Ausmaßes und der Schwere der *Cyber*-Angriffe zusätzlich zu der umfassenden Nutzung der durch Artikel 4 gebotenen Möglichkeiten die eventuelle Anwendung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages im Falle eines schweren *Cyber*-Angriffs auf das Bündnis oder einzelne Mitgliedstaaten nicht ausgeschlossen werden sollte;

8. **in Anbetracht dessen**, dass auf nationaler Ebene und im Völkerrecht noch immer einige rechtliche „schwarze Löcher“ existieren, wenn es darum geht, Sicherheitsstandards für den *Cyber*-Raum festzulegen;

9. **betonend**, dass strengere Sicherheitsbestimmungen für den *Cyber*-Raum nicht auf Kosten geschmälerter ziviler Freiheiten und Rechte, wie der Redefreiheit und des Rechts auf Kommunikation über das Internet, gehen sollten, sowie **in Anbetracht** der entscheidenden Rolle des Internets bei der Mobilisierung demokratischer Bewegungen in autoritären Ländern;

10. **FORDERT** die Regierungen und die Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

- a. eine zügige Umsetzung der überarbeiteten NATO-Politik für die *Cyber*-Abwehr und des damit verbundenen, im Juni 2011 verabschiedeten Aktionsplans für die *Cyber*-Abwehr zu gewährleisten und den Aspekt der *Cyber*-Abwehr in alle drei Kernaufgaben der NATO, d. h. kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit, aufzunehmen;
- b. das nationale Bewusstsein im Hinblick auf *Cyber*-Bedrohungen zu schärfen und dabei die Lehren zu berücksichtigen, die aus bahnbrechenden Ereignissen wie den *Cyber*-Angriffen auf Estland im Jahr 2007 und auf Georgien im Jahr 2008 sowie dem Aufkommen der Schadsoftware Stuxnet gezogen wurden;
- c. die nationalen Rechtsrahmen genau zu prüfen und zu gewährleisten, dass es kohärente und wirksame Gesetze zur Bewältigung der sich entwickelnden *Cyber*-Bedrohungen gibt;
- d. die erforderliche Unterstützung für das effiziente Funktionieren der nationalen Teams zur Reaktion auf Zwischenfälle im Computerwesen zu leisten und in ausreichendem Maße in die Ausbildung nationaler *Cyber*-Sicherheitsexperten zu investieren;
- e. engere Partnerschaften zwischen den Regierungen, dem Privatsektor und Organisationen der Zivilgesellschaft zu fördern, um die Sicherheit der Regierungnetzwerke zu gewährleisten und den Austausch von Fachkenntnissen im Falle einer Sicherheitsverletzung zu verbessern;
- f. sicherzustellen, dass die Einführung zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen im *Cyber*-Raum von angemessenen Mechanismen für die parlamentarische und öffentliche Kontrolle über die jeweiligen Regierungseinrichtungen flankiert wird;
- g. die internationalen Bemühungen zur Entwicklung universeller Normen für ein akzeptables Verhalten im *Cyber*-Raum gegen den Einsatz von *Cyber*-Angriffen auf zivile Ziele zu unterstützen, die den Austausch bewährter Praktiken fördern würden, und Mechanismen zur internationalen Hilfe für von Anschlägen betroffene Nationen einzurichten, unter Gewährleistung eines umfassenden, universellen Zugangs zum Internet als ein Ort für den Austausch von Ideen und Informationen;
- h. sicherzustellen, dass dem physischen Schutz der Netzwerke, einschließlich fiberoptischer Infrastrukturen unter Wasser, angemessene Beachtung geschenkt wird;

11. **FORDERT** die maßgeblichen NATO-Organen **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

- a. sicherzustellen, dass die Fähigkeit der NATO zur Reaktion auf Zwischenfälle im Computerwesen bis Ende 2012 voll einsatzfähig sein wird und dass die *Cyber*-Abwehrdienste der NATO zentralisiert werden;

- b. gegebenenfalls die nationalen Anstrengungen der NATO-Mitgliedstaaten zum Erwerb angemessener *Cyber*-Abwehrfachkenntnisse und Spitzentechnologien zu unterstützen;
- c. die Wirksamkeit der *Cyber*-Abwehrbemühungen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten durch regelmäßige internationale NATO-Übungen zu testen und zu gewährleisten, dass diese Übungen voll finanziert und mit ausreichend Personal ausgestattet sind und zahlreiche Mitgliedstaaten teilnehmen;
- d. Fähigkeiten wie den *Cyber*-Abwehrvorstand der NATO und das Gemeinsame *Exzellenzzentrum* der NATO für Computerverteidigung zu nutzen, um schnelle Entwicklungen im *Cyber*-Raum weiter zu analysieren und Strategien zur Stärkung der *Cyber*-Abwehr im gesamten Bündnis zu entwickeln, unter Nutzung der Vorteile des Informationszeitalters über Initiativen wie die vernetzte Operationsführung der NATO;
- e. effiziente Kooperationsmechanismen mit den relevanten EU-Institutionen zu entwickeln, mit dem besonderen Ziel, die gesetzgeberischen Bemühungen der EU zur Festlegung strengerer *Cyber*-Sicherheitsstandards im Privatsektor zu unterstützen;
- f. die Unterstützung, falls um eine solche gebeten wird, für die Partnerländer der NATO auf dem Gebiet der *Cyber*-Sicherheit zu erhöhen, insbesondere durch den Austausch bewährter Praktiken und die Sensibilisierung im Hinblick auf *Cyber*-Bedrohungen.

E n t s c h l i e ß u n g 388

betreffend

Unterstützung des libyschen Volkes

Die Versammlung,

1. **mit Genugtuung** über den Mut des libyschen Volkes beim Umsturz der Herrschaft eines Tyrannen;
2. **in Bekräftigung** ihrer nachdrücklichen Verpflichtung im Hinblick auf die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und die nationale Einheit Libyens;
3. die zahlreichen Opfer des staatlich geförderten libyschen Terrorismus **ehrend**;
4. den Tod unschuldiger Menschen **beklagend** und insbesondere die Gewaltakte gegen Frauen und Kinder während des Kampfes um die Beendigung der Herrschaft von Muammar al-Gaddafi **verurteilend**;
5. die von Menschenrechtsorganisationen dokumentierten widerrechtlichen Tötungen und Menschenrechtsverletzungen **verurteilend**, die sowohl von Gaddafi-Anhängern als auch von Oppositionsgruppen gegen sein Regime begangen wurden;
6. **in der Erkenntnis**, dass das Gaddafi-Regime die libysche Zivilgesellschaft bewusst untergrub und dass hierdurch wie auch durch den nur kurze Zeit zurückliegenden Bürgerkrieg die Aufgabe schwieriger werden wird, in diesem Land neue Regierungsinstitutionen aufzubauen;
7. **mit Lob** für die NATO und das Militär der Partnerstaaten für die gelungene Durchführung der Operation *Unified Protector*, mit der Tausenden von libyschen Zivilisten das Leben gerettet wurde;
8. **unter Hervorhebung** des politischen Zusammenhangs, in dem die NATO tätig wurde, einschließlich eines Mandats des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen unter Berufung auf den Grundsatz der Schutzverantwortung, eindeutiger regionaler Unterstützung und nachweisbarer Notwendigkeit der einzigartigen Fähigkeiten des Bündnisses;
9. **mit Lob** für die schnelle internationale Reaktion und die so noch nie erfolgte Zusammenarbeit mit arabischen Staaten wie Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko und Jordanien sowie – vor den und während der Operationen in Libyen – mit regionalen Organisationen wie der Arabischen Liga;
10. **mit Beifall** für die Initiative Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, diese wichtige Operation anzuführen und **in Anerkennung** der entscheidend wichtigen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und andere Verbündete und Partner;
11. **mit Genugtuung** über das Ergebnis des Spitzengesprächs über die politische Entwicklung und den Wiederaufbau in Libyen, das am 20. September 2011 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfand;
12. **erklärend**, dass die Allianz operativ am effektivsten ist, wenn alle Mitgliedstaaten sich mit ihren gesamten Fähigkeiten beteiligen und **unter Betonung** der Notwendigkeit, beständig eine größtmögliche Solidarität unter den Mitgliedstaaten während Militäroperationen unter Leitung des Bündnisses zu führen;
13. **feststellend**, dass die Operation *Unified Protector* bei den Fähigkeiten deutliche Lücken zwischen den NATO-Mitgliedstaaten offenlegte, und **besorgt** darüber, dass einschneidende Kürzungen der nationalen Verteidigungshaushalte sowie das Unvermögen, richtig Prioritäten zu setzen oder neue Leistungsfähigkeiten bei den kollektiven Verteidigungsausgaben zu finden, die Fähigkeit der Allianz untergraben könnten, künftige Krisen effektiv zu bewältigen;
14. **unter Hervorhebung**, dass das libysche Volk Herr über den politischen Prozess sein und ihn lenken sollte;
15. **BEGLÜCKWÜNSCHT** das libysche Volk und den Nationalen Übergangsrat zu ihren hart erkämpften Erfolgen;
16. **FORDERT** alle Parteien in Libyen, insbesondere den Nationalen Übergangsrat, **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. eine integrative und repräsentative Übergangsregierung einzusetzen, die auf dem Erfolg des Nationalen Übergangsrats aufbaut und zum Prozess der nationa-

- len Versöhnung und zu einer besseren Sicherheit in dem Land beiträgt;
- auf ein Libyen hinzuarbeiten, das den Träumen und Hoffnungen seines Volkes gerecht wird und auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und ziviler Kontrolle des Militärs beruht;
 - während der Übergangszeit den Schutz benachteiligter unschuldiger Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, zu gewährleisten;
 - Personen, die Straftaten begangen haben, vor Gericht zu stellen, jedoch von willkürlichen Abrechnungen und Rachemorden Abstand zu nehmen;
 - eine stärkere Beteiligung von Frauen an der politischen Entscheidungsfindung und am Institutionenaufbau zu fördern;
 - sicherzustellen, dass die vertraglichen Verpflichtungen Libyens erfüllt, seine Waffenbestände in Sicherheit gebracht werden und gewalttätiger Extremismus abgelehnt wird;

17. **VERPFLICHTET SICH** zu eigener Unterstützung und Beratung, wenn diese angefordert werden und für die demokratischen Institutionen eines freien Libyens auf dem schwierigen Weg in die Zukunft geeignet erscheinen;

18. **FORDERT** die Mitgliedsregierungen und -parlamente der Nordatlantischen Allianz **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- sicherzustellen, dass dem libyschen Volk die für eine schnelle und erfolgreiche Stabilisierung und einen entsprechenden Wiederaufbau sowie zur Wiederansiedlung benachteiligter Flüchtlinge erforderlichen Finanzmittel und der nötige Sachverstand zur Verfügung stehen;
- die schwer erkämpften Lehren aus dem Libyen-Konflikt zur Kenntnis zu nehmen und auf dieser Grundlage Veränderungen vorzunehmen, die gewährleisten, dass die NATO durch die Fähigkeiten und den politischen Willen die Unterstützung erhält, die für eine effektive Wahrnehmung ihrer Krisenbewältigungsaufgaben erforderlich ist;
- die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der NATO und Libyen zu fördern, indem Libyen dazu aufgefordert wird, dem Kooperationsprogramm für den Mittelmeerdialog beizutreten.

Entscheidung 389

betreffend

Umgang mit einem schwierigen Finanzumfeld: Wirtschaftskrise, Finanzkonsolidierung und die Gefahr der strategischen Irrelevanz Europas

Die Versammlung,

- in der Erkenntnis*, dass die außerordentlich schwierige Finanzsituation, vor der die Führer Europas und Nordamerikas gegenwärtig stehen, eine ganze Reihe in-

stitutioneller, sozialer und politischer Herausforderungen mit sich bringt;

- in Anerkennung* der Tatsache, dass diese Finanzkrise potenziell weit reichende Sicherheitsauswirkungen auf die NATO-Länder hat, da sie deren Fähigkeit untergräbt, die Kosten ihrer nationalen Verteidigung in einer Höhe zu tragen, die traditionellen Sicherheitsmaßnahmen entspricht;

- besorgt* darüber, dass das Weltwährungssystem instabil geworden ist und strukturelle Haushaltsdefizite und steigende Staatsschulden das Vertrauen der Märkte untergraben und den Handel schwächen;

- beunruhigt* angesichts der Tatsache, dass langsames Wachstum und Haushaltszwänge den Welthandel untergraben und außerdem zu unannehmbar hoher Arbeitslosigkeit, gerade auch unter jungen Menschen, geführt haben und dass dies eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die politische Stabilität und das allgemeine Wohlergehen darstellt;

- in der Erkenntnis*, dass die mit der Unterstützung internationaler Entwicklungshilfe verbundenen politischen Schwierigkeiten real sind, aber auch davon überzeugt, dass die Entwicklungsförderung eine kosteneffektive Investition in die Sicherheit und die Wirtschaft darstellt;

- besorgt darüber*, dass die Weltwirtschaftskrise die Verteidigungshaushalte der Bündnispartner zu einer Zeit beeinträchtigen könnte, in der gewaltige Sicherheitsherausforderungen fortbestehen;

- besorgt* darüber, dass die Militärausgaben in den meisten Staaten der Allianz unter den vereinbarten NATO-Zielen von zwei Prozent des BIP verharren, während die internationalen Sicherheitsaufgaben weiterhin gewaltig sind und ihre Bewältigung kostspielig ist;

- auch darüber *beunruhigt*, dass einige NATO-Mitglieder einen größeren Teil der jeweiligen Verteidigungslasten tragen als andere;

- in der Erkenntnis*, dass dieses Dilemma bei der Lastenteilung die Solidarität untergraben könnte, die die Allianz über eine lange Zeit hinweg zusammengehalten hat;

10. **FORDERT** die Mitgliedsregierungen und -parlamente des Nordatlantikpakts **NACHDRÜCKLICH AUF**:

- sich für größere Stabilität im internationalen Währungssystem einzusetzen und dazu in den Finanzsystemen der USA und der EU-Mitglieder sowie im Weltwährungssystem, das weiterhin gefährlich instabil ist, die dringend erforderlichen Reformen einzuführen und umzusetzen;
- sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten versteht, dass Investitionen in Sicherheit, Diplomatie und internationale Entwicklungshilfe ebenso lohnend sind wie sie auch im nationalen Interesse liegen;

- c. von Ausgabenkürzungen in einer Höhe Abstand zu nehmen, die in dieser Phase der fiskalischen Konsolidierung der nationalen wie auch der internationalen Sicherheit schaden würde;
- d. eine größer angelegte bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit bei der Wehrforschung und -entwicklung sowie der Beschaffung anzugehen, um auch bei der Spezialisierung und der Integration der Streitkräfte für neue Effizienz zu sorgen, damit den Auswirkungen knapper Haushalte entgegengewirkt werden kann;
- e. sicherzustellen, dass Verteidigungsausgaben entscheidend wichtigen Fähigkeiten entsprechen statt nur einem anderen Ziel zu dienen, wie der Subventionierung eines bestimmten Unternehmens oder der Aufrechterhaltung des Beschäftigungsstands vor Ort, was vertretenswerte Ziele sind, die aber am besten mit anderen Mitteln verfolgt werden sollten;
- f. die NATO als potenziell leistungsfähige Einrichtung für unter ihren Mitgliedern zu Effizienz führende Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zu konzipieren und den NATO-Generalsekretär zur Bildung von drei Arbeitsgruppen anzuhalten:
 - i. Ermittlung von Bereichen, in denen die NATO-Staaten besser zusammenarbeiten könnten, um für eine effizientere Nutzung der knappen Verteidigungshaushalte zu sorgen;
 - ii. bessere Konsultierung bei der Abwicklung der Verteidigungshaushalte in den verbündeten Staaten, um dabei sicherzustellen, dass Kürzungen der Verteidigungsausgaben in einem bestimmten Land andere Verbündete nicht über Gebühr belasten und
 - iii. Vertiefung der Zusammenarbeit im Beschaffungswesen;
- g. eine umfassende Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU in Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten umzusetzen und nach neuen Wegen zur Verbesserung dieser wichtigen Beziehung zu suchen.

E n t s c h l i e ß u n g 390

betreffend

Der politische Wandel im Nahen Osten und in Nordafrika

Die Versammlung,

1. **mit Unterstützung** für die demokratischen Bestrebungen und die allgemeinen Rechte aller Menschen in der Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) und überall auf der Welt;
2. **beseelt** von der Entschlossenheit und dem kühnen Handeln friedlicher politischer Protestierer in der ganzen Region seit Dezember 2010;
3. **erschüttert** über die Gewalt und Brutalität der Regime gegen friedliche Protestierer, insbesondere in Li-

byen und Syrien, und den tragischen Tod unschuldiger Menschen im Kampf um die Freiheit **beklagend**;

4. **in Anerkennung** der wichtigen Rolle der Frauen bei diesen Revolutionen und bei der Förderung positiver Schritte auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter, jedoch **unter nachdrücklicher Verurteilung** von Gewalt gegen Frauen;
5. **in Anbetracht** der Unterschiedlichkeit der Länder der Region und **in der Erkenntnis**, dass sie verschiedene Wege in ihre Zukunft einschlagen werden;
6. **unterstreichend**, dass die durch diese Revolutionen herbeigeführten politischen Veränderungen vom Volk selbst entworfen und durchgeführt werden müssen;
7. **mit Genugtuung** darüber, dass Tunesien und Ägypten den Weg zu einer demokratischen Regierungsform eingeschlagen haben und 2011 Wahlen abhalten werden sowie **unter Betonung** der wichtigen Rolle demokratisch gewählter Parlamente für die Transparenz und die Rechenschaftspflicht staatlichen Handelns;
8. **in der Erkenntnis**, dass die Post-Gaddafi-Ära begonnen hat sowie **mit Genugtuung** über die erklärte Verpflichtung der neuen libyschen Übergangsregierung zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zur Wahrung der grundlegenden Menschenrechte;
9. **betonend**, dass die Staaten der MENA-Region und die Allianz gemeinsam vor einer ganzen Reihe von Sicherheitsaufgaben stehen und mit **voller Unterstützung** für das Engagement der NATO in den Ländern der Region;
10. **mit Lob** für die NATO und ihre Partnerländer angesichts des Erfolgs der Operation *Unified Protector*, die in Übereinstimmung mit der Resolution 1973 des VN-Sicherheitsrats durchgeführt wurde;
11. **mit Unterstützung** des Engagements der Allianz für die Förderung von Frieden und Stabilität in der Region und **mit nachdrücklichem Hinweis auf** den entscheidenden Beitrag der NATO-Partnerschaftsprogramme, insbesondere des Mittelmeerdialogs und der Istanbul-Kooperationsinitiative, die während des Übergangsprozesses bedeutsame Werkzeuge darstellen können;
12. **von neuem** ihrer Verpflichtung zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit den Parlamenten der Länder der Region **Ausdruck verleihend**;
13. **FORDERT** die Führer der MENA-Region **NACHDRÜCKLICH AUF**, auf Gewaltanwendung gegen friedliche Demonstranten zu verzichten und sich für wirkliche politische Reformen einzusetzen;
14. **VERURTEILT** das syrische Regime wegen seiner unverhältnismäßigen Anwendung tödlicher Gewalt gegen das syrische Volk und **VERLANGT**, dieser unverzüglich ein Ende zu setzen und einen offenen, sinnvollen Dialog mit der Opposition aufzunehmen;
15. **FORDERT** die Mitgliedsregierungen und -parlamente der Nordatlantischen Allianz **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. ihr Engagement zu bekräftigen, den neuen demokratischen Regierungen der MENA-Region dabei zu helfen, den Bürgern im Zuge ihrer Arbeit an einem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Übergang ein sicheres und stabiles Umfeld zu bieten;
- b. es der NATO zu ermöglichen, ihre praktische Hilfe für die Länder der Region auszuweiten und ihren politischen Dialog mit diesen Ländern zu verstärken;
- c. die Notwendigkeit zu prüfen, die Partnerschaften der NATO mit Ländern der MENA-Region zu verjüngen und neu zu definieren;
- d. ein Höchstmaß an Koordinierung zwischen den VN, der EU, der NATO und anderen internationalen Organisationen sicherzustellen, wenn es um Hilfe bei der demokratischen Transformation von Ländern der MENA-Region geht – auch durch Reformen im Sicherheitssektor;
- e. dazu beizutragen, die Migrationsströme der Region zu regeln durch die Gewährleistung einer engen Koordinierung mit den nationalen Regierungen und die Förderung von wirtschaftlichen Entwicklungs- und Beschäftigungspolitiken in der Region;

16. **BEKUNDET IHREN FESTEN WILLEN**, bei Bedarf neuen parlamentarischen Einrichtungen während und nach der Übergangsphase Unterstützung zu leisten;

17. **FORDERT** alle Parteien in der MENA-Region **AUF**;

- a. während der Übergangsphase für den Schutz von Zivilisten, insbesondere von Frauen und Kindern, zu sorgen;
- b. aktiv die Förderung von Versöhnungsprozessen in Zivilgesellschaften zu betreiben, die unter Instabilität und ethnischen oder religiösen Konflikten leiden;
- c. Straftäter vor Gericht zu stellen und einen angemessenen Prozess im Einklang mit den Normen des Völkerrechts und des Schutzes der Menschenrechte zu gewährleisten, sowie
- d. im Zuge des nachrevolutionären Prozesses der Politikgestaltung und des Aufbaus von Institutionen für eine umfassendere Einbindung von Frauen einzutreten.

E n t s c h l i e ß u n g 391

betreffend

Die Abwehr chemischer und biologischer Gefahren und Bedrohungen

Die Versammlung,

1. *besorgt* über das Potenzial von biologischen und chemischen Waffen, Massenterror und eine große Zahl von Opfern zu verursachen und die weltweite Sicherheit und den internationalen Wohlstand zu gefährden;
2. *unter Betonung* der anhaltenden Bedrohung durch Terrorismus mit biologischen oder chemischen Mitteln seitens nichtstaatlicher Akteure;

3. *in Anerkennung dessen*, dass schnelle Fortschritte in den Biowissenschaften großes Potenzial für die Menschheit bieten, jedoch *im Bewusstsein dessen*, dass diese Wissenschaften auch zu böswilligen Zwecken missbraucht werden können;

4. *unter Betonung* der Verpflichtungen, die das Bündnis in seinem neuen Strategischen Konzept eingegangen ist, seine Fähigkeit weiter zu entwickeln, sich vor der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zu schützen, seine Fähigkeit zu verbessern, den internationalen Terrorismus aufzudecken und sich gegen ihn zu verteidigen sowie aktiv zur Waffenkontrolle, Nichtweiterverbreitung und Abrüstung beizutragen;

5. *in Anerkennung* der äußerst wichtigen Beiträge des B-Waffen-Übereinkommens und des C-Waffen-Übereinkommens zur internationalen Sicherheit;

6. *in Anerkennung* des Beitrags anderer multilateraler und nationaler Organisationen und Initiativen zu den Waffenkontroll-, Abrüstungs- und Nichtweiterverbreitungsbemühungen im Hinblick auf biologische und chemische Waffen und ihre Trägersysteme, darunter das 1540-Komitee, die G 8 Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen- und Materialien, die Proliferations-Sicherheitsinitiative, die Australische Gruppe sowie die Bemühungen der VN, der NATO und der EU;

7. *in der Überzeugung*, dass insbesondere die weltweite Rüstungskontrolle, die Abrüstung und das Nichtverbreitungsregime für biologische Waffen gestärkt werden müssen sowie *sich dessen bewusst*, dass die Siebte Konferenz zur Überprüfung des Übereinkommens über biologische Waffen im Dezember 2011 eine wichtige Gelegenheit zur Stärkung dieses Regimes bietet;

8. *ebenfalls in Anbetracht dessen*, dass jetzt die zukünftigen Prioritäten für das Chemiewaffenübereinkommen und seine Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) in Antizipation der Zeit festgelegt werden müssen, in der gemeldete Vorräte chemischer Waffen und Mittel nachprüfbar vernichtet worden sind;

9. *besorgt* über die politische Instabilität in Staaten, die wahrscheinlich im Besitz biologischer oder chemischer Waffen, von Vorläufersubstanzen und Trägersystemen sind sowie über die damit verbundenen Proliferationsgefahren sowie *unter Betonung* der Notwendigkeit, diese Substanzen genau zu überwachen;

10. *in Anerkennung* der Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit starker und effizienter Exportkontrollen für *Dual-Use-Technologien* und dem Nutzen eines wissenschaftlichen und technologischen Austauschs zu friedlichen Zwecken herzustellen;

11. *zutiefst beunruhigt darüber*, dass die Fähigkeit, biologische und chemische Zwischenfälle zu entdecken und zu verfolgen, sowie die Krisenreaktions- und Erholungsmechanismen auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene weiterhin nicht ausreichend sind;

12. **RUFT DIE** Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **DAZU AUF**,

- a. sich um ein stärkeres Netz der Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungsanstrengungen im Hinblick auf biologische und chemische Waffen und ihre Trägersysteme zu bemühen, auch durch bessere vertrauensbildende Maßnahmen;
- b. sich bei der Siebten Konferenz zur Überprüfung des B-Waffen-Übereinkommens auf Gebiete, in denen eine Einigung möglich ist, zu konzentrieren und insbesondere darauf abzielen, die Unterstützungseinheit im Rahmen der Durchführung des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen, den Prozess zwischen den Tagungen der Überwachungskonferenzen sowie den Mechanismus des Generalsekretärs zur Untersuchung von Fällen des angeblichen Einsatzes biologischer Waffen zu konsolidieren und eventuell zu verstärken;
- c. sich nachdrücklich für einen weltweiten Beitritt zum B-Waffen-Übereinkommen und zum C-Waffen-Übereinkommen einzusetzen;
- d. die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung auf allen Ebenen zu verbessern, auch durch eine bessere Bedrohungsanalyse, intensivere Konsultationen und Zusammenarbeit mit den Partnern sowie durch geeignetere militärische Fähigkeiten;
- e. eine ausreichende Verfügbarkeit militärischer Verteidigungsfähigkeiten zu gewährleisten, um die Verbreitung chemischer und biologischer Waffen oder improvisierter Vorrichtungen und ihrer Trägermittel zu verhindern, vor chemischen und biologischen Bedrohungen und Angriffen zu schützen und sich im Falle einer chemischen und biologischen Kontamination zu erholen;
- f. die Umsetzung der umfassenden Politik der NATO zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Verteidigung gegen chemische und biologische Bedrohungen zu fördern;
- g. die Forschung und Entwicklung im Hinblick auf Ortungstechnologien und Gegenmittel wie Impf- und Wirkstoffe sowie die relevanten forensischen Wissenschaften angemessen zu finanzieren;
- h. eine ausreichende Verfügbarkeit von Gegenmitteln wie Impf- und Wirkstoffen zu gewährleisten und effektive Verteilernetze im Rahmen der Krisenreaktions- und -nachsorgemechanismen zu entwerfen;
- i. den Schutz wichtiger Infrastrukturen vor biologischen oder chemischen Angriffen zu verbessern;
- j. die Zusammenarbeit im Hinblick auf biologische und chemische Gefahren und Bedrohungen, die Ortung von Zwischenfällen, die Krisenreaktions- und -nachsorgemechanismen sowie im Hinblick auf Ausbildung und Übungen zwischen zivilen und militärischen Akteuren, öffentlichen und privaten Akteuren sowie den Staaten und den multilateralen Organisationen, ein-

schließlich einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen NATO und EU, zu verbessern;

- k. die Biosicherheitsmaßnahmen auf allen Ebenen zu verstärken, auch durch starke und effiziente Verhaltenskodexe für Biowissenschaftler, sowie die Partnerländer aufzufordern und ihnen dabei zu helfen, dasselbe zu tun;
 - l. ihre Bürger, insbesondere jene, die mit gefährlichen biologischen oder chemischen Stoffen arbeiten, besser über die Gefahren des biologischen und chemischen Terrorismus sowie über geeignete Krisenreaktionen zu unterrichten;
 - m. weiterhin Programme zu unterstützen, die die Arbeit von Wissenschaftlern, die früher in der Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit biologischen und chemischen Waffen und ihren Trägersystemen tätig waren, in Richtung auf friedliche Aktivitäten neu orientieren;
13. **RUFT** die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation und die Republik Iran **DAZU AUF**, die Zerstörung ihrer gemeldeten Chemiewaffenbestände auf verantwortliche und zeitnahe Art und Weise abzuschließen;
14. **RUFT** alle nichtgemeldeten Bio- und Chemiewaffenstaaten **DAZU AUF**, ihre Programme einzustellen und von ihnen Abstand zu nehmen und, sofern sie es noch nicht getan haben, dem B-Waffen-Übereinkommen und dem C-Waffen-Übereinkommen beizutreten und ihre Bestände zu melden;
15. **RUFT** alle Parteien in Libyen dazu auf, alle nach dem C-Waffen-Übereinkommen gemeldeten chemischen Stoffe sicherzustellen und gegebenenfalls angemessene Bedingungen zur Vollendung ihrer Zerstörung zu schaffen.

E r k l ä r u n g 392

betreffend

Die Unterstützung des Übergangs in Afghanistan

Die Versammlung,

1. **erneut erklärend**, dass die Sicherheit Afghanistans zehn Jahre nach den tragischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, die von Al-Qaida von Afghanistan aus geplant wurden, weiterhin unmittelbar mit unserer eigenen Sicherheit verbunden ist;
2. **unter Betonung**, dass die von den VN mandatierten und von der NATO geführten Internationalen Streitkräfte zur Förderung der Sicherheit in Afghanistan (ISAF) eine entscheidende Rolle dabei spielen, den Terrorismus zu bekämpfen und zu verhindern, dass Afghanistan als ein sicherer Hafen für internationale Terroristen genutzt wird;
3. **in Würdigung** der Leistung und des Engagements der ISAF und des afghanischen Militär- und Zivilpersonals, sowie diejenigen **ehrend**, die ihr Leben verloren haben oder verletzt wurden;

4. **mit Genugtuung** über die Fortschritte bei der Verbesserung der Technologie und den Fähigkeiten zur Bekämpfung der behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen (IED), jedoch **feststellend**, dass IED weiterhin die häufigste Einzelursache für Todesopfer in Afghanistan sind;
5. **unter Hinweis darauf**, dass die ISAF-Nationen vereinbart haben, bis Ende 2014 ein Ende ihrer Kampfhandlungen anzustreben, und dass sie bereits den Übergangsprozess eingeleitet haben, durch den die afghanischen Behörden die Führung für die Sicherheit in ganz Afghanistan übernehmen werden;
6. **in der Überzeugung**, dass starker militärischer Druck auf die Aufständischen weiterhin von entscheidender Bedeutung ist, um die Sicherheitsgewinne zu konsolidieren, jedoch ebenfalls **unterstreichend**, dass die langfristige Stabilität Afghanistans nur durch eine politische Lösung unter afghanischer Führung erreicht werden kann, und daher
7. **in Unterstützung** der Anstrengungen der afghanischen Behörden, eine Versöhnung mit den aufständischen Gruppen anzustreben, die geloben, die afghanische Verfassung, einschließlich der Rechte der Frauen, zu respektieren, ihre Waffen niederlegen und alle Verbindungen zu Terrororganisationen einstellen; sowie
8. **unter Betonung**, dass ein nachhaltiger und nichtumkehrbarer Übergang die anhaltende Entwicklung effektiver und rechenschaftspflichtiger afghanischer nationaler Sicherheitsinstitutionen sowie weitere nachweisliche Fortschritte auf den Gebieten der Regierungsführung und der wirtschaftlichen Entwicklung erfordern wird;
9. **unter Hervorhebung**, dass die Übergangspläne die Tatsache berücksichtigen müssen, dass das geplante Ende des Übergangsprozesses mit einer wichtigen Präsidentschaftswahl zusammenfällt;
10. **unter Betonung**, dass internationale Unterstützung über das Jahr 2014 hinaus notwendig sein wird, um die Funktionsfähigkeit und Nachhaltigkeit der afghanischen Institutionen zu garantieren;
11. **in Anerkennung** insbesondere der Notwendigkeit, die negativen Auswirkungen der progressiven Verringerung der internationalen Präsenz auf die Wirtschaft zu mildern;
12. **in der Überzeugung**, dass ein stabiles, demokratisches und prosperierendes Afghanistan im Interesse aller seiner Nachbarn ist, sowie
13. **darin erinnernd**, dass sich Afghanistans Nachbarn in der Erklärung von Kabul 2002 und anderen nachfolgenden Dokumenten zu konstruktiven und unterstützenden bilateralen Beziehungen auf den Grundsätzen der territorialen Integrität, des gegenseitigen Respekts, freundschaftlicher Beziehungen, der Zusammenarbeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Anderen verpflichtet haben;
14. **in Bekräftigung** ihrer Unterstützung für die laufenden trilateralen und multilateralen Initiativen, die darauf abzielen, zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen regionalen Partnern beizutragen, und in diesem Zusammenhang **mit Genugtuung** über die Erklärung von Istanbul über Freundschaft und Zusammenarbeit im Herzen Asiens, die am 26. Januar 2010 auf dem Istanbul Gipfel verabschiedet wurde;
15. **in Anerkennung** und **in Würdigung** des Beitrags und der Opfer der pakistanischen Regierung und des pakistanischen Volkes bei der Bekämpfung des Extremismus und in dem Bestreben, die Sicherheit insbesondere in den an Afghanistan angrenzenden Regionen zu verstärken;
16. **in Anerkennung dessen**, dass die grenzübergreifende Aktivität von Terroristen in Afghanistan und Pakistan die Sicherheit von Zivilisten und Militärangehörigen in beiden Ländern gefährdet;
17. **in der Überzeugung**, dass die anstehenden internationalen Konferenzen in Bonn und Kabul eine entscheidende Gelegenheit für Afghanistan und seine internationalen Partner sein werden, um ihr gegenseitiges Engagement für ein stabiles, demokratisches und prosperierendes Afghanistan zu erneuern und die Voraussetzungen für einen nichtumkehrbaren und nachhaltigen Übergang zu schaffen;
18. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses und der Truppen für die ISAF entsendenden Länder, die der NATO nicht angehören, **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. ihre Anstrengungen zu verstärken, um ihren Bürgern die fortbestehende Notwendigkeit einer internationalen Militärpräsenz in Afghanistan und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der internationalen Unterstützung über das geplante Ende der Kampfhandlungen im Jahre 2014 hinaus zu erklären;
 - b. die nationalen Entscheidungen über Truppenabzüge unter Berücksichtigung der langfristigen taktischen Notwendigkeiten zu koordinieren;
 - c. den ständigen Mangel an Ausbildern und Mentoren für die nationalen afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF) zu beheben und erneut ihre Bereitschaft zu bekräftigen, die Unterstützung der ANSF über 2014 hinaus als Teil der dauerhaften Partnerschaft zwischen der NATO und Afghanistan fortzusetzen;
 - d. vorrangig weiterhin Forschung und Entwicklung und den Austausch taktischer Kenntnisse und Erfahrungen im Hinblick auf IED zu unterstützen und die Ausbildung der nationalen afghanischen Sicherheitskräfte für die Bekämpfung von IED zu verstärken;
 - e. die internationale Unterstützung für die Entwicklung und das Funktionieren nachhaltiger Verwaltungsstrukturen auf zentraler und kommunaler Ebene, die in der Lage sind, der Bevölkerung Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, zu verstärken;
 - f. den Anteil der über die afghanischen Institutionen geleisteten internationalen Unterstützung weiter zu erhöhen, abhängig von den erzielten Fortschritten der afghanischen Behörden bei der Durchführung der

- notwendigen Reformen, insbesondere bei der Korruptionsbekämpfung;
- g. die Unterstützung für und die Zusammenarbeit mit dem afghanischen Parlament zu verstärken;
- h. sich auf der anstehenden Bonner Konferenz um eine Einigung über eine langfristige wirtschaftliche Hilfe für Afghanistan zu bemühen, einschließlich Maßnahmen zur Milderung der negativen Auswirkungen der progressiven Verringerung der internationalen Präsenz, und die Entwicklung dauerhafter Einnahmequellen für das Land zu unterstützen;
- i. den politischen Dialog mit Afghanistans Nachbarn, insbesondere Pakistan, als ein Mittel zur Förderung der regionalen Vertrauensbildung zu verstärken;
19. **RUFT** die Regierung und das Parlament Afghanistans **DAZU AUF**,
- a. eine Lösung für fortbestehende Spannungsquellen zwischen der Exekutive und der Legislative zu finden;
- b. ihre Bemühungen zu verstärken, der afghanischen Öffentlichkeit den Nutzen der internationalen Militärpräsenz zu erklären;
- c. fortzufahren, starke Rechenschaftsmechanismen im Hinblick auf die ANSF zu entwickeln;
- d. die Umsetzung des auf den Konferenzen von London und Kabul 2010 erläuterten ehrgeizigen Reformprogramms zu beschleunigen;
- e. vorrangig eine Wahlrechtsreform durchzuführen, durch die die bei den Präsidentschaftswahlen 2009 und den Parlamentswahlen 2010 hervorgetretenen Mängel behoben werden;
- f. die Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung zu verstärken und die Korruptionsbekämpfungsorgane vor einer politischen Einmischung zu schützen;
- g. die Einbeziehung der afghanischen Zivilgesellschaft in das politische und institutionelle Gebiet des Landes sowie die Entwicklung unabhängiger Medien zu begünstigen;
20. **RUFT** die Regierung und das Parlament Pakistans **DAZU AUF**,
- a. ihre Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus fortzusetzen und die taktische Koordinierung mit der ISAF und den afghanischen Truppen weiter zu verbessern;
- b. ihre Zusammenarbeit mit Afghanistan bei der Suche nach einer politischen Lösung weiter zu verstärken;
- c. Initiativen für die regionale Vertrauensbildung, die Sicherheit und Zusammenarbeit, einschließlich Anstrengungen zur Lösung fortbestehender bilateraler Streitigkeiten, nachdrücklich zu unterstützen;
- d. den politischen Dialog mit der NATO als Ergänzung zu der bestehenden militärischen Zusammenarbeit weiter zu verstärken;
21. **RUFT** die Regierungen und Parlamente Afghanistans und Pakistans **DAZU AUF**, illegale grenzübergreifende Bewegungen von Terroristen zu verhindern.

